

## Mitgliederversammlung 1983

*Die Mitgliederversammlung 1983 wird am Sonnabend, dem 7. Mai, im Conventgarten in Rendsburg stattfinden.*

*Wir bitten, den Termin schon vorzumerken. Einladungen folgen zu gegebener Zeit.*

*Der Vorstand*

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Ingrid Groß</i> Zum 30. Januar .....	5
<i>Christian Andersen</i> Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein .....	7
<i>Friedrich Pingel</i> „Ackerscholle wider Futurismus“ .....	18
<i>Eckhard Bodenstein</i> Macht ohne Moral .....	31
<i>Kai Detlev Sievers</i> Deutsche Flüchtlinge in Dänemark — ein Stück gemeinsamer Geschichte .....	37
Zeitgeschichte — ein wichtiges Forschungsfeld der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte .....	47
Umschau ab Seite 51	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.  
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.  
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.  
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.  
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.  
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

## GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

Verehrte Leser!

*In allen Medien finden sich in diesen Monaten Artikel und Sendungen, die an den Beginn der Hitlerherrschaft in Deutschland vor 50 Jahren erinnern. Auch die Grenzfriedenshefte wollen in der vorliegenden Ausgabe auf dieses Thema eingehen, nicht mit dem Anspruch, dieses zwar kurze, aber doch große und furchtbare Kapitel unserer Geschichte aufzuarbeiten, sondern um darzustellen, wie auch unsere Heimat und die Menschen hier in den Ungeist der damaligen Zeit verstrickt waren. Wir beginnen mit den beiden Ansprachen der Flensburger Stadtpräsidentin, die sie in Krusau und Ladelund gehalten hat, weil wir meinen, daß darin unüberhörbar zum Ausdruck kommt, was ein Deutscher, wenn er denn damals nicht schuldig geworden ist, dennoch heute empfinden muß: Scham, daß solche Untaten im Namen unseres Volkes geschehen konnten. Wer auf bewunderungswürdige Leistungen unserer Vorfahren stolz sein will, muß auch das Schlimme mittragen. Nicht wir sollten die ersten sein, die bereit sind zu vergessen.*

*Der folgende Artikel von Christian Andersen berichtet über das Buch „Kampf in der Nordmark“ von Rudolf Rietzler, auf das auch Kai Detlev Sievers in „Zeitgeschichte ...“ später noch einmal eingeht. Hierzu wird vor allem deutlich, daß der Ungeist des Nationalsozialismus durchaus nicht als Schleswig-Holsteinern fremd, von außen her eingeschleppt betrachtet werden kann, sondern hier in den geistigen Strömungen der zwanziger Jahre (Landvolkbewegung usw.) einen Nährboden fand, auf dem die NS-Ideologie üppig gedeihen konnte. Wie sehr dazu falsch verstandene völkische Ideen, Engstirnigkeit und Intoleranz gehörten, zeigt auch der Bericht von Ulrich Schulte-Wülwer über den Flensburger Künstler Herbert Marxen.*

*Mitten in die NS-Zeit hinein, und zwar in ihr furchtbarstes und unmenschlichstes Erscheinungsbild, führt die Geschichte von Friedrich Pingel über das KZ-Lager in Schwesing bei Husum. Wir bringen den Artikel nicht nur, weil wir meinen, daß die meisten Bewohner unseres Landes bis heute nichts über die Existenz dieses Lagers gewußt haben, im Sinne einer — wenn auch späten — Information über Tatsachen also, sondern auch, weil wir die Einstellung des jungen Autors*

*anerkennen wollen, der — lange nach dem Krieg geboren — sich diesem Teil unserer Geschichte stellt, wenn das auch bitter ist.*

*Auch der Artikel von Eckhard Bodenstein über deutsche Flüchtlinge in Dänemark bringt weithin Vergessenes wieder in Erinnerung. Daß unser Nachbarland fünf Jahre lang eine Besetzung durch deutsche Truppen hinnehmen mußte, weiß sozusagen jeder; aber daß in der Endphase des Krieges viele tausend Ostdeutsche zu Schiff über die Ostsee nach Dänemark transportiert und dort über Monate und Jahre in Lagern untergebracht wurden, das wissen eigentlich nur noch diejenigen, die das erlebt haben. Hunderte von Grabsteinen auf Friedhöfen in der Nähe dieser Lager — vorbildlich gepflegt und in Ordnung gehalten — geben noch heute Auskunft über das Schicksal dieser Menschen und ihre dramatische Flucht aus ihrer Heimat.*

*Die Grenzfriedenshefte wollen mit diesem Heft nicht etwa anklagen oder verurteilen; aber doch bewußt machen und wachhalten, was nicht aus dem Gedächtnis gelöscht werden darf, nur weil es unangenehm ist, daran zu denken. Worauf es wirklich ankommt, ist dies: Es darf nie wieder geschehen.*

*Artur Thomsen*

## Zum 30. Januar

Am 30. Januar 1983, dem 50. Jahrestag des Beginns der Hitlerherrschaft, fuhren Flensburger Frauen und Männer in mehreren Omnibussen zu dem Denkmal des Grafen Bernadotte in Krusau und nach dem Friedhof des Dorfes Ladelund in Nordfriesland. An beiden Stellen wurden Kränze niedergelegt zu Ehren der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Flensburger Stadtpräsidentin, Frau Ingrid Groß, hielt bei diesen Gelegenheiten zwei kurze Ansprachen, deren Text wir im folgenden gern wiedergeben möchten.

*In Krusau:*

*Heute jährt sich zum 50. Mal der Tag des Machtantritts durch den Nationalsozialismus in Deutschland. In dem durch Hitler ausgelösten Zweiten Weltkrieg besetzte Deutschland Dänemark, und viele Dänen haben Leid, Gefangenschaft und auch den Tod erlitten, weil sie sich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft widersetzen. Dem Präsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, gelang es, dänische und norwegische Kriegsgefangene aus deutschen Konzentrationslagern zu befreien. Das Denkmal von ihm, vor dem wir stehen, ist als Symbol für alle durch den Nationalsozialismus in Dänemark Verfolgte errichtet. Wir danken, daß es uns ermöglicht wurde, einen Kranz zum Gedächtnis für diese Opfer des Widerstandes heute hier niederzulegen. Wir Flensburger, Bürger der Bundesrepublik Deutschland, wollen damit ausdrücken, daß die Schatten der Vergangenheit das Wissen um die deutsche Schuld an dem letzten Krieg und die Scham über das, was damals im Namen Deutschlands geschah, von allen, die diese Zeit miterlebt haben, nicht verdrängt oder vergessen ist. Weil wir heute wissen, wohin totalitäre Macht führt, setzen wir uns leidenschaftlich für Freiheit, Demokratie, Menschenrecht und Menschenwürde ein und werden diese Grundwerte menschlichen Lebens gegen jede Gewalt schützen.*

*In Ladelund:*

*Alle Fraktionen der Ratsversammlung der Stadt Flensburg, die das Oberzentrum dieser Region ist, haben es übereinstimmend für richtig gehalten, am heutigen Tage an den Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft vor 50 Jahren zu erinnern und an den Gedächtnisstätten der Opfer und Toten zu gedenken. Darum kommen wir von Dänemark, wo wir der Opfer des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft während der deutschen Besetzung in Dänemark von 1940 bis 1945 gedachten, zu Ihnen nach Ladelund. Wir möchten*

*heute mit Ihnen gemeinsam einen Kranz zum Gedächtnis für die fast 300 Toten niederlegen, die am Ende eines martervollen Weges auf Ihrem Friedhof die letzte Ruhe gefunden haben. Der Name Ihres Dorfes Ladelund steht auf der Karte der Konzentrationslager des nationalsozialistischen Staates der Gewaltherrschaft für alle Zeiten. An der furchtbaren Schuld, die durch diese Konzentrationslager mit dem Namen Deutschlands für immer geschichtlich verbunden ist, gibt es nichts zu beschönigen. Wie man in ein Volk hineingeboren wird, kann man sich auch nicht aus der Geschichte seines Volkes ausklammern. Wenn man auch gewiß nicht von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes sprechen kann, von einer Kollektivscham kann uns keiner befreien. Was 1933 als „ersehnte Wende“ angesehen wurde, von einer Mehrheit, die guten Glaubens war, auf dem richtigen Weg zu sein, wurde zu der dunkelsten Epoche deutscher Geschichte. Es ist Zeit, daß endlich über den Weg in diese unheilvollen Jahre berichtet wird und es ist richtig, heute ein leidenschaftliches Bekenntnis gegen jede Form von Gewaltherrschaft abzulegen. Jenen, die hier liegen, hat man Menschenwürde, Menschenrechte und Freiheit genommen. Wir beten, daß Gott sie in seinem Frieden bewahrt.*

# Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein

Bericht über ein Buch von Rudolf Rietzler\*

Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932, den vorletzten, die vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 stattfanden, erreichte die NSDAP in Schleswig-Holstein einen Stimmenanteil von 51 %, ein Ergebnis, das weit über dem Reichsdurchschnitt lag und in keinem anderen deutschen Wahlkreis erreicht wurde. Bei den Wahlen zum Reichstag von 1930 waren es „nur“ 27 % gewesen, ein ebenfalls überdurchschnittlich hoher Stimmenanteil. Wie konnte das geschehen in einer Provinz, in der die Sozialdemokraten und Linksliberalen (DDP) bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 noch weit über 75 % der abgegebenen Stimmen erreicht hatten? [S. 107] Schon im Kaiserreich waren diese Parteien, zusammen mit den Nationalliberalen, in Schleswig-Holstein die bestimmenden politischen Kräfte gewesen [S. 47]. Was also begründet den so außergewöhnlich anmutenden Erfolg der extremen Rechten?

In seinem kürzlich erschienenen Buch, das im Titel die Überschrift einer ständigen Rubrik des NSDAP-Organs „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“ wiedergibt, versucht Rietzler, eine Antwort auf diese Fragen zu geben. Er setzt damit Arbeiten von u. a. Rudolf *Heberle*,<sup>1</sup> Gerhard *Stoltenberg*,<sup>2</sup> Timothy Alan *Tilton*<sup>3</sup> und Peter *Wulf*<sup>4</sup> fort, zu denen außerdem noch lokalgeschichtliche Untersuchungen über Flensburg,<sup>5</sup> Husum,<sup>6</sup> den Kreis Herzogtum Lauenburg,<sup>7</sup> die Insel Sylt<sup>8</sup> und Kaltenkirchen<sup>9</sup> kommen. Dabei macht sich die landesgeschichtliche Forschung erst in neuerer Zeit von der sogenannten „nationalen Geschichtsbetrachtung“ frei, die auch noch nach 1945 die Schleswig-Holsteinische Geschichtsschreibung beherrscht hat. Als herausragendes Beispiel für diese Schule dürfte wohl der „*Brandt-Klüver*“<sup>10</sup> zu nennen sein.

## I.

Schleswig-Holstein war bis zum Ende der Kaiserzeit großen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen unterworfen, wobei die Industrialisierung seit der

---

\* *Rudolf Rietzler*: „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919—1928). Neumünster: Wachholtz 1982. (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 4) — Alle Seitenzahlen in [ ] beziehen sich auf R.s Buch.



Einverleibung in Preußen vor allem in den Großstädten Kiel und Altona sowie in Flensburg rapide Fortschritte gemacht hatte. Waren noch 1867 70 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig gewesen, sank der Anteil bis 1925 auf 29,5 %. (46,2 % zählten in diesem Jahre zur Arbeiterschaft.) [S. 29] Die Landwirtschaftsstruktur war von mittel- und großbäuerlichen Betrieben dominiert, wobei sich charakteristische Unterschiede zwischen den Marschen an der Westküste und dem östlichen Hügelland einerseits und der Geest andererseits ergaben. Die besondere soziale und wirtschaftliche Struktur Schleswig-Holsteins, die in manchen Punkten signifikant von den vergleichbaren Daten des übrigen Deutschen Reiches abwich, beeinflusste — neben der politisch-geographischen Randlage innerhalb des Reiches — die innenpolitische und geistige Situation in der Provinz in ganz eigenem Ausmaß. Dazu gehörten vor allem ein forciertes Nationalgefühl, das sich besonders im Gegensatz zu Dänemark artikulierte [S. 44 ff.], sowie völkisch-kulturpessimistische Strömungen, als deren Protagonisten R. den 1851 in Hadersleben geborenen „Rembrandtdeutschen“ Julius *Langbehn* (gest. 1907) und den Wesselburener Literaturhistoriker und Schriftsteller Adolf *Bartels* (1862—1945) erwähnt [S. 37 ff.]. Auch in der Heimatbewegung fanden diese Geisteshaltungen eine spezifische Ausprägung, wie noch zu zeigen sein wird.<sup>11</sup> Dazu trat — bemerkenswerterweise zum Teil auch bei den liberalen Parteien — ein latenter Antisemitismus, der in verschiedenen Interessenverbänden, wie den Bauern- und Angestelltenorganisationen, dem „Alldeutschen Verband“, aber auch in parteipolitischen Gruppierungen zu Hause war. Dazu traten eine Reihe esoterischer Zirkel, die als Vorläufer und Keimzellen des Rechtsextremismus in der Weimarer Republik betrachtet werden müssen.

## II.

Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkriegs, als die drohende Niederlage die Krisenstimmung im Reich verschärft hatte, war die parlamentarische Monarchie eingeführt worden. Sie konnte sich aber nicht mehr auswirken, da in der Novemberrevolution die Monarchen zurücktreten mußten. Ausgangspunkt der revolutionären Ereignisse war die Matrosenrebellion in Kiel, die bald auch auf andere Häfen und schließlich das Binnenland Übergriff. In ihrem Gefolge bildeten sich überall Arbeiter- und Soldatenräte, die in ihren Forderungen zunächst allerdings wenig revolutionären Elan zeigten. Trotzdem führten die Ereignisse zu entscheidenden politischen Veränderungen, allerdings — und das ist für die Revolution von 1918 kennzeichnend — unter weitgehender Beibehaltung des alten staatlichen Beamtenapparats [S. 83; 87 f.]. Auch die Tatsache, daß der „zündende Funke“ von Kiel ausging, bedeutet nicht, daß in Schleswig-Holstein eine „besonders starke Revolutionsbereitschaft wirksam gewesen wäre“ [S. 79]. Große Teile des Bauern- und Bürgertums der Provinz lehnten die Geschehnisse

vielmehr entschieden ab [S. 84].

Zu den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stellten sich eine Reihe von neuen Parteien den Wählern. Außer bei der SPD und dem Zentrum (das in Schleswig-Holstein immer bedeutungslos blieb) handelte es sich im ganzen nur um Umbenennungen der alten Parteien. Folglich änderte sich am Verhalten der Wähler nicht viel. Eine Besonderheit im schleswig-holsteinischen Parteienspektrum bildete aber die „Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie“, die sich kurz nach den Wahlen von 1919 in „Schleswig-Holsteinische Landespartei“ umbenannte. Wenn die „Landespartei“ auch zu keinem Zeitpunkt ihrer kurzen Existenz größere politische Bedeutung erlangte, bildet sie doch eine wichtige „Durchgangsstation“ auf dem Weg zur extremen Rechten in Schleswig-Holstein [S. 97]. Obwohl sie in ihrem Programm einen „schleswig-holsteinischen Liberalismus“ propagierte, gehörten viele ihrer Aussagen doch in jene „Grauzone“, aus der auch die völkisch-nationalen Kreise ihr geistiges Rüstzeug bezogen. Erwähnenswert sind vor allem ihr Antisemitismus sowie die für die Rechte so typischen kulturpessimistischen Irrationalismen. Politischer Hauptgegner waren vor allem die SPD und — bezeichnend genug — die rechtskonservative DNVP.

„Generalsekretär“ der „Landespartei“ war Hinrich *Lohse*, Bankangestellter in Altona, der aber schon 1921, nach dem Mißerfolg der Februarwahlen zum Reichstag, die Partei wieder verließ und, nach kurzen Zwischenstationen bei einigen rechtsextremen Zirkeln, schon sehr früh zu den Nationalsozialisten stieß.<sup>12</sup> Die DNVP (Deutschnationale Volkspartei) war im wesentlichen eine Fortsetzung der beiden konservativen Parteien des Kaiserreichs. Durch Aufnahme antisemitischer Strömungen in ihr politisches Programm verfügte sie aber über eine wesentlich breitere soziologische Basis als jene. Bei den Reichstagswahlen von 1921 bis 1928 konnte die DNVP in Schleswig-Holstein spektakuläre Gewinne erzielen, die den Reichsdurchschnitt weit übertrafen, ein Zeichen dafür, daß die Ablehnung der Weimarer Republik weit über den Kreis der konservativen Stammwähler hinausging [vgl. Tabelle S. 107; S. 108].

Die Gründe für den Rechtsruck bei den Wahlen von 1921 sind vor allem in den folgenden beiden Punkten zu suchen:

1. Die Folgen des Versailler Friedensvertrags, insbesondere die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark, die gewaltige nationale, ja chauvinistische Emotionen freisetzte; dabei waren nicht nur konservative Kreise, sondern auch Teile der SPD an der nationalen Propagandakampagne beteiligt, was sich für die SPD allerdings nicht auszahlte [vgl. S. 112 ff.];
2. der Kapp-Putsch, der zeitlich mit den Abstimmungen in Nordschleswig

zusammenfiel. Von vielen wurde der Umsturzversuch offen begrüßt, wie etwa von Pastor *Schmidt-Wodder*, dem Sprecher der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Auch die Beamten verhielten sich größtenteils neutral bis zustimmend, so auch Regierungspräsident *Pauli*, der zweithöchste Repräsentant der preußischen Verwaltung in der Provinz Schleswig-Holstein.

Der Kapp-Putsch lenkt unseren Blick auf die zahlreichen Freikorps und Selbstschutzverbände, die den Putsch tatkräftig unterstützten. Die bekanntesten dieser Korps sind wohl die „Marine-Brigade Ehrhardt“, die „Organisation Consul (OC)“ und die „Organisation Escherich (Orgesch)“, auf deren Kosten zahlreiche politisch motivierte Morde oder Mordversuche gingen, so z. B. an *Matthias Erzberger* oder *Walther Rathenau*. Die meisten dieser Freikorps gingen schon früh zu den Nationalsozialisten über.

### III.

Während in Bayern die Nationalsozialisten unter *Hitler* die ersten Erfolge errangen, sammelte sich die extreme Rechte in Norddeutschland zunächst in anderen Gruppierungen, die der NSDAP als Wegbereiter für ihren späteren kometenhaften Aufstieg dienen sollten [S. 206]. Wenn diese Gruppierungen zunächst auch nicht viel mehr als Sekten waren, verfehlten sie doch nicht ihre Wirkung auf weitere Bevölkerungskreise, die für völkische und antisemitische Parolen besonders empfänglich waren, nämlich die unteren Mittelschichten, wie kleine Handwerker, niedere Angestellte und Beamte, auch Klein- und Mittelbauern. Das erklärte Ziel fast aller völkischen Gruppierungen, die Arbeiterschaft zu gewinnen —das Wort „Sozialismus“ hatte Hochkonjunktur — blieb jedoch fast völlig ergebnislos. Das gilt sowohl für den „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ als auch für die 1919 gegründete „Deutschsozialistische Partei“, die, im Gegensatz zu den konkurrierenden Nationalsozialisten, auf reaktionäre Klüngel beschränkt blieben, die offenkundig weniger auf politische Breitenwirkung zielten (auch wenn sie in ihren Programmen anders redeten), als vielmehr die Zeit mit internen Querelen und Intrigen vertaten. Zeitweilige Erfolge der „Deutschsozialisten“ in Dithmarschen sowie der Versuch, mit Interessenverbänden der bürgerlichen Mittelschichten zu kooperieren, wie etwa den Mietvereinen, dem Siedlerverband usw., blieben im Endeffekt erfolglos. So kam es schon Ende 1921 zur Auflösung der „Deutschsozialistischen Partei“ und zum Übertritt ihrer Mitglieder teils in andere rechtsextreme Organisationen, teils direkt in die NSDAP (1922) [vgl. S. 191 ff.]. Nach dem gescheiterten Putsch vom 9. November 1923 und dem darauffolgenden Verbot der NSDAP entstand eine Reihe von Ersatz- und Tarnorganisationen wie die „Deutsche Werkgemeinschaft“, deren Vorsitzender der spätere NS-Gauleiter von Franken, *Julius Streicher*, war.

#### IV.

Einer breiteren norddeutschen Öffentlichkeit wurden Hitler und die Nationalsozialisten erst seit Anfang 1924 bekannt, als die Zeitungen über das juristische Nachspiel des gescheiterten Putsches berichteten. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen und der linksliberalen Presse war die Berichterstattung formal neutral; sie enthielt sich weitgehend kritischer Stellungnahmen und gefiel sich in den Kommentaren in Ausdrücken wie „Theaterdonner“, „Groteske“, „ausgemacht kinomäßig“ [S. 209 ff.], während der Prozeßverlauf Gelegenheit gab, Sympathie für die Angeklagten zu äußern [S. 212].

Obwohl sich die NSDAP-Parteiorganisation nach ihrem Verbot in einem ziemlich konfusen Zustand befand (den Hitler in seinem recht komfortablen Arrest in der Festung Landsberg bewußt förderte), gelang es der Partei, im Bündnis mit anderen rechtsradikalen Gruppen, in der ersten Jahreshälfte 1924 zum Teil beachtliche Erfolge zu erringen. Der „Völkisch-soziale Block“ konnte nach den Maiwahlen mit 32 Abgeordneten in den Reichstag einziehen. Er erzielte in Schleswig-Holstein besonders hohe Gewinne dort, wo auch die DNVP stark war, nämlich auf der Geest [vgl. Tabelle S. 231]. Überhaupt waren die Mai-Wahlen von 1924, vor allem aber die Dezember-Wahlen desselben Jahres, für die Deutschnationalen in Schleswig-Holstein besonders erfolgreich. Sie konnten jeweils fast ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigen und lagen damit deutlich über dem Reichsdurchschnitt [vgl. Tab. S. 107; S. 226 u. 253]. Wie der Vergleich mit den Wahlen von 1921 zeigt, hatten sie weit über ihr traditionelles Wählerreservoir Anklang finden können [vgl. Tab. S. 107; S. 227]. Während die DNVP im Dezember ihre Position noch stärken konnte, erlitt der „Völkisch-soziale Block“ nun eine schwere Niederlage, teilweise wohl als Folge der sich allmählich konsolidierenden wirtschaftlichen und politischen Lage [vgl. S. 253].

#### V.

Daß die innenpolitische Lage der Weimarer Republik sich im Jahrfünft 1924 — 1929 besserte, kann nicht bestritten werden. Doch war die neugewonnene Stabilität nur oberflächlich, die wirkliche Lage sah anders aus. Die Reichswehr, eigentlich zur Verteidigung der politischen Ordnung der Republik berufen, hatte sich zum „Staat im Staate“ entwickelt und arbeitete mehr oder weniger offen — teilweise sogar mit Billigung der staatlichen Behörden — mit rechtsorientierten Wehrorganisationen zusammen, wie etwa dem „Stahlhelm“. Obwohl immer wieder Umsturzpläne bekannt wurden, bagatellisierten die Behörden die Lage [vgl. S. 259], und das, obwohl die Äußerungen des „Stahlhelm“, des „Bund Wiking“ (gegründet von Korvettenkapitän a. D. *Ehrhardt*, s. oben Kap. II), des „Wehrwolf“ oder des „Jungdeutschen Ordens“ an Deutlichkeit eigentlich nichts zu wünschen

übrig ließen. Die drei erstgenannten Organisationen schlossen sich 1926 sogar zu einer „Wehrschafft Schleswig-Holstein“ zusammen, der allerdings nur eine kurze Existenz beschieden war. Alle diese Vereinigungen traten schon sehr früh in Kontakt mit den schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten [S. 273].

## VI.

Der Trend nach rechts, den schon die beiden Wahlen von 1924 offengelegt hatten, setzte sich auch bei den Reichspräsidentenwahlen von 1925 fort [S. 277 ff.]. Dabei verstanden die Rechten es — wie R. es ausdrückt — durch einen „reaktionären Etikettenschwindel“ [S. 279] ihre wahren Ziele und Absichten zu verschleiern und sich den Anschein des „Unpolitischen“ und „Vaterländischen“ zu geben. Höhepunkte der vaterländisch verbrämten Aktionen waren regelmäßig die „Reichsgründungsfeier“ am 18. Januar und die „Sonnenwendfeiern“ im Juni [S. 280]. Diese Feiern — und natürlich auch ihre Ausrichter — fanden eine breite gesellschaftliche Unterstützung: von der staatlichen und kommunalen Verwaltung über die Presse, die Interessenverbände bis zu den Kirchen, kurz: In einem großen Teil der Öffentlichkeit konnten sie mit Zustimmung rechnen. Als „Moderatoren“ des öffentlichen Bewußtseins halfen diese Kräfte mit, „die den alten obrigkeitstaatlichen Strukturen gemäßen Verhaltensweisen und Wertvorstellungen zu konservieren und darüber hinaus, den breiten Wählermassen den Weg zu der Partei zu ebnen, die den Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und allem, was mit ‚Weimar‘ in Verbindung gebracht wurde, am radikalsten begegnete“ [S. 288].

Eine besondere Rolle spielte hierbei die „Schleswig-Holstein-Bewegung“ mit ihrer „Volkstum“- , „Heimat“- und „Grenzland“-Ideologie, repräsentiert vor allem durch den „Schleswig-Holsteiner-Bund“, die „Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft“ und den „Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“.<sup>13</sup> Es sei hier nur zusammenfassend darauf hingewiesen, daß völkisch-kulturpessimistische Ideologeme hier ganz besonders großen Anklang fanden und entsprechend ausgiebig verwendet wurden [vgl. S. 289—324].

Auch die gern als „Nordmark“- oder „Grenzland-Universität“ titulierte Christian-Albrechts-Universität in Kiel war, sieht man von Persönlichkeiten wie dem Theologen Otto *Baumgarten*, dem Juristen Gustav *Radbruch*, dem Völkerrechtler Walther *Schücking*, dem Historiker Hermann *Kantorowicz* oder dem Soziologen Ferdinand *Tönnies* ab, eine Hochburg der Konservativen. Besonders kraß war dies der Fall in der Studentenschaft, die schon früh, seit 1927, scharenweise in den „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“, dessen Führer Baldur von *Schirach* war, eintrat. Im Sommersemester 1927 übernahm ein Nationalsozialist für ein Jahr den Vorsitz in der „Kieler Studentenschaft“, früher als

an allen anderen deutschen Hochschulen [Vgl. S. 333].

## VII.

Mit der vorzeitigen Entlassung Hitlers aus der Festungshaft in Landsberg begann für die NSDAP der organisatorische Wiederaufbau. Schon vor der offiziellen Neugründung der Partei Ende Februar 1925 (die norddeutsche „Konkurrenz“, die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ hatte sich schon Anfang Februar als „Deutschvölkische Freiheitsbewegung“ rekonstituiert) war in Nord- und Westdeutschland auf regionaler und lokaler Ebene die Partei reorganisiert worden. Initiator und Organisator des Wiederaufbaus war der Reichstagsabgeordnete des „Völkisch-sozialen Blocks“, Gregor *Strasser*, der von Hitler für seine Tätigkeit weitgehende Vollmachten erhalten hatte. So ernannte er beispielsweise eine Reihe von Parteifunktionären (die dann später Hitlers offizielle Bestätigung erhielten), wie etwa den Altonaer Hinrich *Lohse* zum Gauleiter von Schleswig-Holstein [S. 347].

Die offizielle Neugründung der NSDAP in Schleswig-Holstein fand am 1. März 1925 in Neumünster statt. Gauleiter Lohse war es gelungen, einen großen Teil der Rechtsradikalen zu den Nationalsozialisten hinüberzuziehen, unter anderem auch Anhänger der „Deutschvölkischen“. Die Unionspolitik der Nationalsozialisten mit den Völkischen während der Verbotszeit hatte sich — zumindest in Schleswig-Holstein — offenbar gelohnt [S. 349].

Obwohl die Partei das Wort „Arbeiter“ in ihrem Namen betonte, gelang es ihr zunächst nicht, in der Industriearbeiterschaft, geschweige denn unter den Landarbeitern, Fuß zu fassen. Die Mitglieder entstammten vorwiegend, wie in anderen rechtsradikalen Organisationen auch, den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mittelschichten.

Die ersten Ortsgruppen der NSDAP entstanden in den größeren Städten (Altona, Kiel, Flensburg, Wandsbek) und deren Umland. Die Mitgliederzahlen wuchsen zunächst nur sehr zögernd; im Sommer 1925 gab es annähernd 300 Mitglieder in 12 Ortsgruppen [S. 354], was erhellt, wie unbedeutend die Rechtsradikalen damals zahlenmäßig noch waren.

Lohse gelang es verhältnismäßig rasch, sich in der NS-Parteiorganisation als Gauleiter durchzusetzen, dies um so mehr, als er stets als unbedingter Gefolgsmann Hitlers auftrat und sich früh in der Münchener Parteizentrale Anerkennung und Beachtung verschafft hatte. Daran konnten auch Streitigkeiten über die Organisation, die Finanzen und die Form der Mitgliederwerbung nichts ändern. Der politische Werdegang hatte Hinrich Lohse (1896—1964) nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg über die „Schleswig-Holsteinische Landespartei“, deren „Generalsekretär“ er 1920/21 war, über den „Völkisch-sozialen Block“ und die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ ziemlich früh zur NSDAP geführt.

Seine in Beruf (er war Bankbeamter) und Verwaltung erworbenen organisatorischen Fähigkeiten ermöglichten es Lohse, der sich selbst aus ideologischen Zwistigkeiten herauszuhalten verstand, sich schnell in der Gauleitung durchzusetzen, wobei ihm außerdem zum Vorteil gereichte, daß er gebürtiger Schleswig- Holsteiner war, im Gegensatz zu anderen NS-Größen, die mit ihm um die Führung im Gau zu streiten versuchten.

Das Gefühl, von der Parteileitung in München stiefmütterlich behandelt zu werden, veranlaßte die nord- und westdeutschen Gauleiter, sich im September 1925 in Hagen (Westfalen) zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gauleiter der NSDAP“ (AG) zusammenzuschließen, der auch Lohse angehörte. Führender Kopf der AG war Gregor *Strasser*; mit ihm arbeitete eng der damals 27jährige Joseph *Goebbels* zusammen. Es gilt heute als gesichert, daß die AG weniger ein programmatisch-politisch-ideologischer „Block“ mit antibürgerlichen und antikapitalistischen Tendenzen war, sondern eher eine lockere Verbindung unter geographischen Gesichtspunkten, die keine eigenständige organisatorische Entwicklung durchmachen wollte, sondern sich in ihrem Tun bezeichnenderweise ausdrücklich auf Hitler berief. Gegenüber der Parteileitung hatte die AG infolgedessen verhältnismäßig wenig Einfluß; für die Entwicklung der NSDAP war sie dennoch nicht unwichtig. Auf einer Reichstagung der Gauleiter in Bamberg (14. 2. 1926) konnte Hitler das „Führerprinzip“ durchsetzen und alle weiteren organisatorischen oder programmatischen Diskussionen unterbinden. Auch Lohse schwenkte wieder voll auf die von Hitler vertretene Linie ein, bemühte sich sogar — vielleicht gerade wegen der räumlich weiten Entfernung zur Zentrale in München — den Gau zu einem „Musterknaben“ — wie R. es ausdrückt — zu machen [S. 383].

Wie schon erwähnt, lagen die frühen Zentren der Nationalsozialisten vor allem in den größeren Städten [S. 385 ff.]. Vor allem die Ortsgruppe der „Gauhauptstadt“ Altona war besonders aktiv, was allerdings auch daher rührte, daß Gauleiter Lohse in Altona wohnte. In der Stadtverordnetenversammlung verfügte die NSDAP — noch aus „völkischen“ Zeiten — über eine relativ starke Vertretung, die sich aber — mit Ausnahme von Lohse — kaum hervortat. Die Ortsgruppe in Kiel war indes nicht so geschlossen, sondern war, wie ihre völkischen Vorläufer auch, durch ständige Querelen und Fraktionskämpfe in sich gespalten und konnte erst seit 1927 größere Erfolge vorweisen. Relativ ruhig und geschlossen entwickelte sich dagegen die Ortsgruppe in Flensburg, die traditionell gute Beziehungen zu den bürgerlichen Interessenverbänden pflegte. Pastor Friedrich *Andersen*, schon in der Kaiserzeit als militanter Antisemit hervorgetreten, spielte eine führende Rolle. Die Mitgliederzahl des Gaus Schleswig-Holstein stieg zunächst nur sehr langsam an. Sie belief sich im Sommer 1926 auf etwa 500 in ungefähr 15 Ortsgruppen. Um neue Bevölkerungskreise zu erreichen, richteten die Nationalsozialisten schon

relativ früh ihre propagandistischen Bemühungen auf das Land. Dabei gelang es der Partei ziemlich mühelos, die Ideologeme der „Schleswig-Holstein-Bewegung“ aufzugreifen.

Zentrum der Agitation war zunächst Dithmarschen, wo schon im Herbst 1925 eine kleine Ortsgruppe in Lunden, 1926 auch in Nordhastedt, Albersdorf und Wesselburen gegründet werden konnten. 1927 entstand dann in Dithmarschen die erste offizielle Kreisorganisation der NSDAP in Schleswig-Holstein [S. 408]. Die neuen Mitglieder kamen vorerst nicht aus dem Bauernstand, obwohl sich die agitatorischen Bemühungen der NSDAP besonders auf ihn konzentrierten, sondern aus dem traditionellen Reservoir der extremen Rechten, den unteren und mittleren Schichten des Bürgertums, wie in den größeren Städten auch. Durch das jugendlich-dynamische Profil, das sich die Nationalsozialisten zu geben verstanden, wurde besonders die jüngere Generation angezogen. Es war vor allem dieser immer wieder neu motivierte politische Aktionismus, der die NSDAP von den anderen Parteien auf der extremen Rechten unterschied, auch wenn die politischen Parolen sich nur in Nuancen unterschieden [S. 409].

Geschickt wußten die Nationalsozialisten die wachsende Unzufriedenheit unter der Landbevölkerung, besonders den Bauern, die sich in der „Landvolkbewegung“ zu artikulieren begann, zu nutzen und für ihre Absichten zu gewinnen. Dabei spielte auch eine Rolle, daß angesichts der fortgesetzten Mißerfolge bei der Mitgliederwerbung in den Reihen der Arbeiterschaft, in der Parteileitung ein Umdenkungsprozeß begonnen hatte. Seit 1927 wurden die Bauern, aber auch Industrie- und Wirtschaftskreise verstärkt umworben. Von einem „Richtungswechsel“ in der Partei zu sprechen, scheint deswegen aber nicht angebracht [S. 412]. Plausibler ist es nach R.s Meinung [S. 413], von einem „Vorgang der Enttarnung und der Selbstfindung“ zu sprechen und darin nicht nur „das Ergebnis von zielbewußten Entschlüssen und raffiniert kalkulierten Lenkungsmanövern der Parteileitung“ zu sehen [ebenda].

Am 28. Januar 1928 kam es in allen schleswig-holsteinischen Kreisstädten zu großen Aufmärschen und Kundgebungen der Bauern, auf denen die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik sich lautstark artikuliert. Die Nationalsozialisten konnten die Mißstimmung geschickt auf ihre Propagandamühlen lenken. Binnen weniger Monate verdoppelte sich 1928 die Mitgliederzahl der Partei in Schleswig-Holstein auf nahezu 2 000.

Die Früchte ihrer Bemühungen konnte die NSDAP bei den Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag am 20. Mai 1928 einheimsen. Immerhin 4 % der Wählerstimmen fielen auf die Nationalsozialisten. Nur in 6 der 35 deutschen Wahlkreise waren die Stimmenanteile höher [S. 419]. Der Schwerpunkt der Wahlgewinne lag eindeutig in den ländlichen Gebieten [vgl. Tabelle 4, S. 420 f.]. Die DNVP mußte — ebenso wie die bürgerliche Mitte — schwere Verluste



hinnehmen [vgl. Tabelle 5, S. 423].

Für die NSDAP bedeuteten die Wahlen einen beträchtlichen Propagandaerfolg, was sich auch an den Mitgliederzahlen ablesen läßt. Ende 1928 gehörten der Partei etwa 3-4000 Schleswig-Holsteiner an [S. 425], wobei für die Partei besonders wichtig war, daß eine steigende Zahl von Honoratioren beitrug. Mit diesen Fortschritten begann auch der organisatorische Auf- und Ausbau der Gauleitung, die nun hauptamtlich geführt wurde.

Höhepunkt der Agitation war zweifellos eine große öffentliche Versammlung, die am 14. Oktober 1928 in Heide stattfand und auf der auch Hitler, kurz nach Aufhebung seines Redeverbots in Preußen, sprach.

Die „Rasanz“, mit der die NSDAP sich seit der Jahreswende 1928/29 in Schleswig-Holstein entwickelte, wird wohl am besten durch die Reichstagswahlergebnisse von 1930 dokumentiert. Sie erhielt, wie schon erwähnt, 27 % aller abgegebenen Stimmen, mehr als in jedem anderen deutschen Wahlkreis. Der Durchbruch zur Massenpartei in Schleswig-Holstein war gelungen.

#### ANMERKUNGEN:

1. *Heberle, Rudolf*: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918—1932. Stuttgart 1963.
2. *Stoltenberg, Gerhard*: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918—1933. Düsseldorf 1962.
3. *Tilton, Timothy Alan*: Nazism, Neo-Nazism, and the Peasantry. London 1975.
4. *Wulf, Peter*: Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928—1932. Köln und Opladen 1969.
5. Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt. Flensburg 1966, S. 421 ff.
6. *Sörensen, Christian*: Der Aufstieg der NSDAP in der Stadt Husum vor 1933. Bredstedt 1966.
7. *Zimmermann, Hansjörg*: Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918—1933. Ein Kreis zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie. Neumünster 1978.
8. *Voigt, Harald*: Der Sylter Weg ins Dritte Reich. Eine Geschichte der Insel Sylt vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zu den Anfängen der nationalsozialistischen Diktatur. Münsterdorf 1977.
9. *Hoch, Gerhard*: Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz. Bad Bramstedt 1980.
10. *Brandt, Otto*: Geschichte Schleswig-Holsteins. Mit Beitr. von Herbert Jankuhn. 8. Aufl. verb. u. erg. von Wilhelm Klüver. Kiel 1981. — Zur Geschichtsauffassung des „Brandt-Klüver“ s. a.  
*Leppien, Jörn-Peter*: Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866. Eine kritische Bestandsaufnahme „traditioneller“ Geschichtsauffassungen am Beispiel Wilhelm

Klüver, in: Grenzfriedenshefte 1972, S. 195 ff. und 1973, S. 24 ff.

11. Vgl. auch den Vorabdruck des entsprechenden Kapitels in den „Grenzfriedensheften“ 1982, S. 41 ff.
12. S. unten Kap. VII.
13. Vgl. Anm. 11.

## „Ackerscholle wider Futurismus“

*Die Auseinandersetzungen um das Plakat der „Flensburger Nordmarktage“ von Herbert Marxen aus dem Jahre 1922*

Die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark als Folge der Abstimmung des Jahres 1920 teilte die deutsche Einwohnerschaft Flensburgs in zwei Gruppen. Während sich im sozialistischen und sozialdemokratischen Lager der Wille zum Ausgleich mit dem dänischen Nachbarn und der dänischen Bevölkerungsgruppe bereits sehr früh bemerkbar machte — noch im Jahre 1920 wurde der „Grenzbund, Bund für deutsch-dänische Verständigung“ ins Leben gerufen —, versuchte die bürgerliche Mehrheit in Anlehnung an den Schleswig-Holstein- Gedanken den Geist vergangener Zeiten zu beleben.<sup>1</sup> Ein Mittel zu diesem Zweck waren die beiden großen Nordmarktfeste, die 1921 und 1922 auf dem Mürwiker Sportplatz veranstaltet wurden. Man beschwor das völkische Gemeinschaftsgefühl der Vorkriegszeit und wollte „um den stolzen, hochragenden Bau von Mürwik mit den aufrechten Zügen einer Ordensburg aus dem Preußenlande“ (Abb. 1) das Deutschtum an der Grenze sammeln, „nicht um die Segel zu streichen, sondern um sie allen Feinden zum Trutz zu entfalten“.<sup>2</sup>

Das Nordmarkfest des Jahres 1921 war ein eintägiges, rein sportliches Ereignis gewesen. Daraus wurde im folgenden Jahr vom 17. bis 19. Juni eine dreitägige Veranstaltung, bei der nun die Kultur die zentrale Rolle spielte. Der „Kampf gegen das vordringende Dänentum“ und die „Stärkung des deutschen Kulturwillens an der Nordgrenze des Reiches“<sup>3</sup> setzte eine Vielzahl kultureller Darbietungen und kulturpolitischer Aktivitäten in Gang. Im Colosseum fand ein Symphoniekonzert statt, das Kunstgewerbe-Museum zeigte zwei Ausstellungen: eine Wanderausstellung „Elsässische Kunst“ sollte die enge Beziehung, „die das deutsche Volk mit seinen verlorenen Grenzländern im äußersten Norden sowohl wie im Südwesten innerlich verbindet, unmittelbar vor Augen“ führen. Mit derartigen Projekten versuchten Vertreter einer in diesem Zeitraum auch andernorts popularisierten „Grenzland“-Ideologie die gemeinsame Mission aller „Grenzlanddeutschen“ im Kampf „für ein großes deutsches Vaterland“ zu propagieren.<sup>4</sup>

Der Museumsdirektor Walter Dammann dürfte an der zweiten Ausstellung mehr Gefallen gefunden haben, die unter dem Titel „Flensburger Stadtbauschönheit“ anhand alter Ansichten die städtebauliche Entwicklung Flensburgs darstellte. In einem zweiten, aktuellen Teil der Ausstellung wollte Dammann Anregungen für die wirtschaftliche und städtebauliche Erschließung der südlichen Altstadt und dem

neuen Bahnhof geben, wobei er ein Bekenntnis zu einer modernen, zeitgemäß empfundenen Architektur ablegte. Auch bei der Aufführung von Hebbels „Genoveva“ im Flensburger Theater war Dammann beteiligt: er hatte die Bühnenbilder entworfen, „die durch ihre streng architektonische Haltung und durch das herbe Gegeneinander der Farben der Unausgeglichenheit des jungen Hebbel“ zu entsprechen suchten. Schließlich ging auch die Vergabe des Plakatauftrages für die Nordmarktage an den noch völlig unbekanntem 21jährigen Flensburger Herbert Marxen<sup>5</sup> auf eine Initiative von Dammann zurück.

Dr. Walter H. Dammann, der hier ebenso tatkräftig wie vielseitig in das Flensburger Kulturleben eingriff, war zu diesem Zeitpunkt erst ein gutes halbes Jahr als Museumsdirektor im Amt, der 39jährige war zuvor Assistent am Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe gewesen. Voller Elan versuchte er, bei großem Verständnis für die regionale Problematik der Stadt, in Flensburg ein wenig vom modernen, großstädtischen Kunstgefühl wirksam werden zu lassen. Für das Museum erwarb Dammann 1926 das Gemälde „Herbstmeer“ von Emil Nolde, das 1937 der Aktion „Entartete Kunst“ durch die Nationalsozialisten zum Opfer fiel.

Mit dem Bekenntnis zur aktuellen Kunst der 20er Jahre, das Dammann auch mit der Vergabe des Plakatauftrages für die Flensburger Nordmarktage an Herbert Marxen ablegte, begab er sich allerdings in völligen Gegensatz zu dem, was die Ideologen der Nordmarktage bezweckten. Es fiel sofort auf, daß das Plakat „nach Geist und Wesen in großstädtischem Expressionismus wurzelt und somit weit von jener Erneuerung entstand, die wir der bodenständigen schleswig-holsteinischen Kunst wünschen, ...“<sup>6</sup>

Die Flensburger Zeitungsberichte jener Zeit sind erschütternde Dokumente einer feindseligen, ja haßerfüllten Einstellung zur modernen Kunst, vor allem gegen den Expressionismus und den Futurismus. Die wütenden Rundschnitte, die die Flensburger Presse austeilte, galten indes nur zu einem gewissen Grad der Plakatkunst Marxens; man versuchte vielmehr, die mißliebigen Strömungen der modernen Gegenwartskunst insgesamt zu treffen.

Aus der lokalbornierten Sicht der Kleinstadt glaubte man, mit dem „gesunden Menschenverstand“ der „dekadenten Kunst der Großstadt“ schon im Ansatz Paroli bieten zu müssen. Noch heute wirkt es bedrückend, mit welcher Hartnäckigkeit und Häme die erste Kunstäußerung eines jungen Zeichners diffamiert und ihm so in seiner Heimatstadt die Existenzgrundlage entzogen wurde. Vielleicht war die Reaktion gerade in Flensburg auch deswegen so heftig, weil man, wie ein Kritiker schrieb, allgemein befürchtete, daß das Plakat die Nordmarktage in den Augen des „Gegners des Deutschtums“ zum Gespött machen könne. In der Tat beteiligte sich auch die dänische Presse an der Kampagne gegen das Plakat, wie noch zu zeigen sein wird.

Vergleicht man Marxens Plakat (Abb. 2) mit dem ein Jahr zuvor gezeigten Plakat

von Johann Holtz (Abb. 1), so gibt es nur in der Verwendung der schleswig-holsteinischen Landesfarben blau/weiß/rot eine Gemeinsamkeit. Das von dem damals bekannten, 1875 in Tondern geborenen und in Flensburg tätigen Grafiker Johann Holtz entworfene Plakat ist bieder, es besteht im wesentlichen aus Textinformationen und hat mit der Silhouette der Marineschule eine eingängige Symbol- und Identifikationsformel gefunden.

Marxens Plakat dagegen war der vom Expressionismus und Futurismus beeinflussten Formgebung verpflichtet, die neuerdings Art Deco bezeichnet wird und die um 1919/20 ihren Höhepunkt hatte (Abb. 3 und 4). Erste Ansätze dieser Stilrichtung waren seit etwa 1910 in der Werbegraphik zu erkennen, sie wurden jedoch während des Ersten Weltkrieges zurückgedrängt. Für die Kriegspropaganda, die Werbung für die Kriegsanleihen und verschiedene Spendenaktionen bediente man sich einer konservativen Bildsprache, die illustrativ-naturalistische und nicht selten heroisch-protzige Elemente aufwies, mit denen man zum Teil noch während des Propagandafeldzuges für die Volksabstimmung des Jahres 1920 arbeitete. Im übrigen Deutschen Reich war nach dem Krieg endlich die Möglichkeit genutzt worden, die durch den Krieg gewaltsam unterbrochenen modernen Tendenzen wieder zur Anwendung zu bringen.

Im Gegensatz zu dem konventionellen Plakat von Holtz war Marxen stärker auf das Formale bedacht als auf konkrete Mitteilungen. In der chiffenhaften Verwendung abstrahierender Form- und Figurenelemente stellte das Plakat an die Phantasie des Betrachters ohne Zweifel gewisse Ansprüche. Dies war auch Dammann bewußt, der es daher für angebracht hielt, noch vor dem Aushang des Plakates in Schaufenstern und Straßenbahnen in der Presse um Verständnis zu werben. So erschien am 28. Mai 1922 im „Flensburger Annoncenblatt“ und anderen Lokalzeitungen der Hinweis, das Plakat entstamme

*„der Erfindung und Hand eines bisher gänzlich Unbekannten, des 21jährigen Flensburger Herbert Marxen, dem damit gleich zu Beginn seiner Entwicklung der Weg geebnet werden soll, auf dem seine Begabung fortschreiten kann. Dies Werk ist neu und kühn, vielleicht erscheint es an Altem hängenden Augen zu keck. Aber gerade die Plakatkunst verlangt nach Außergewöhnlichem. Auch läßt sich die starke einheitliche Anlage des Ganzen, der Wille zur Form ohne weiteres erkennen. Abseits von allen Lokalgepflogenheiten biederer Stadt- und Landgemeinden wird hier gewagt, dem neuen vorwärts drängenden Kulturwillen eine eigene einmalige auffallende Formung zu verleihen. Das Plakat wird Rätsel aufgeben, aber den frischen Wagemut liest jedes Auge ihm sofort vom Blatt.“*

Dieses Werben um Verständnis forderte erst recht den Widerspruch der

Flensburger heraus. Andreas Kock schrieb im parteipolitisch neutralen „Flensburger Annoncenblatt“ (8.6.1922) und in der sozialdemokratischen „Flensburger Volkszeitung“ (9. 6. 1922), von der künstlerischen Seite betrachtet, werde das Plakat bei normalem Menschenempfinden nur Kopfschütteln hervorrufen, und er erbat sich nebst mehreren Bürgern Auskunft darüber, „in welchem Verhältnis die Figuren des Bildes zu Sinn und Zweck der Nordmarktage stehen“. Besonders übel wurde Marxen jedoch von den national-konservativen „Flensburger Nachrichten“ mitgespielt, deren Mitarbeiter unter dem Pseudonym „Anselmus“ Marxen mit seinen Satiren geradezu verfolgte und ihn der fortdauernden Lächerlichkeit preiszugeben suchte:

*„Man betrachte den wundervollen Kopf; das ist die Flensburgia, die Schutzgöttin unsrer Stadt, nach dem Genuß des fünfzehnten Kaffeepunschkes ... Darunter steht eine Punschterrine, ... Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei schnell hinzugefügt, daß der Tümpel zwischen den Beinen der Dame ohne Unter- und Oberleib die Förde bedeutet ... darin sitzt ein alter Gymnasialprofessor mit Schlapphut und langen, weißen Haaren. Etwas weiter oben schwebt noch ein Fabeltier in der Luft, eine überaus glückliche Kreuzung zwischen Schaukelpferd und Dackel ... Zu tadeln ist an dem Kunstwerk einzig die Aufschrift. Das kann ja jeder lesen und verstehen, ... („Flensburger Nachrichten 8. 6.1922).*

Das „Flensburger Annoncenblatt“ (13. 6. 1922) versuchte das Plakat mit einigen mühsamen Reimen ins Lächerliche zu ziehen, es heißt unter anderem:

*„Du holdes Fördemädchen, wie hab ich dich so lieb,  
Du schielst zwar nach der Seite, doch dies stimmt mich nicht trüb,  
Denn deine drallen Arme, wenn's ohne Hand' auch sind,  
Die hab'n mich entzückt, bei dir, du fesches Kind.  
Den Mastbaum an der Seite, wenn auch recht krumm er ist,  
Verschönt recht sehr dein Bildnis, weil man sogleich vergißt,  
daß du ja keine Beine und keinen Unterleib,  
Wie man es sonst wohl findet bei einem deutschen Weib.“*

Auch der Bau- und Regierungsrat Dr. Jänecke lieferte (in den „Schleswiger Nachrichten“ vom 20. 6. 1922) zunächst einen krampfhaft humorvollen Deutungsversuch, schlug dann aber ernste Töne an und fragte nach den Verantwortlichen:

*„Die Hauptsache ist ein weichlicher ausdrucksloser Blaukopf, der nach einer blutroten Wurst schielt, ... Die ganze Geistigkeit des Expressionismus, der eines*

gesund verdauenden Magens nicht mehr bedarf, konnte nicht genialer ausgedrückt werden. An der Stelle, wo andere rückständige Menschen ein Herz haben, hat dieser aus Teig geknetete Blaumensch einen kleinen roten Tempel japanischer Bauart (wenn es nicht eine Zuckerdose oder ein plombierter Backenzahn sein soll?) ... Wo sind die verantwortlichen Stellen, die diese unerhörte Geschmacklosigkeit zugelassen haben?

Ist dieses kindliche Bild geistiger Selbstverstümmelung als ein Werk anzusehen, würdig und groß, einladend und vielversprechend, dem Beschauer einen Begriff gebend von der Schwere des wirtschaftlichen und geistigen Kampfes deutscher Männer um die Erhaltung der gefährdeten Nordmark? Haben diejenigen, die diese illustrierte Wurst aussuchten, sich klar gemacht, daß für den großen Zweck das Allerbeste und Ausgereifteste gerade gut genug war? Oder haben sie in bequemer Vogelstraußpolitik ganz vergessen, mit welcher gespanntesten Aufmerksamkeit und unverhohlenen Schadenfreude unsere westlichen und nördlichen Nachbarn, nachdem sie unseren militärischen, politischen und zum größten Teil auch wirtschaftlichen Zusammenbruch erreichten, das geistige und künstlerische Erlahmen eines Teiles unseres Volkes auf Um- und Irrwegen wie denen des Expressionismus verfolgten? Als Abbild unseres künstlerischen Könnens in der Nordmark werden ungezählte unserer besten schleswig-holsteinischen Künstler und mit ihnen alle geistig gesund Gebliebenen dieses tief bedauerliche Zerrbild der Flensburger unbedingt entrüstet ablehnen.“

Der nationale Tenor, den Jänecke hier in die Debatte einbrachte, war Reaktion auf Berichte, in denen sich die dänische Presse ihrerseits über Marxens Plakat mokierte. „Flensborg Avis“ hatte am 9. 6. 1922 geschrieben:

„Noget værre paa ‚Kunstens‘ omraade skal man vist lede længe om. Hvad Meningen i Grunden skal være med det ekspressionistiske eller futuristiske Billede, er ikke godt at vide. Det er umuligt at beskrive, hvorledes Plakaten ser ud; blot saa meget kan man faa ud af det, at der ses et skeløjet, noget melankolsk Ansigt; ad det øvrige ryster man kun paa Hovedet. — A tøkkes, de æ hverken Fowl eller Fisk!“

Die dänisch gesinnte „Flensburger Norddeutsche Zeitung“ nahm das Plakat zum Anlaß, die Nordmarktage überhaupt in Frage zu stellen:

„Der Schreiber dieser Zeilen hielt das erwähnte Plakat anfänglich für eine fehlfarbene Wiedergabe einer neuen Kabarettfigur, ... Wir empfehlen jedem Flensburger ... lieber ins Kabarett zu gehen, als die ‚Nordmark‘-Maskerade in den Tagen vom 17. — 19. Juni mitzumachen. Jedenfalls wird diese Tragikomödie, die

*in Mürwik und auf der Förde gespielt werden soll, nur von neuem den Staub der Abstimmungszeit auf wirbeln. Damit hätten diese Tage ihren Zweck erfüllt, denn sie werden nur inszeniert, um einen dichten Staubmantel um die dämmernde Erkenntnis vom echten Volkstum der Schleswiger zu legen, damit sie um Gottes willen nicht die Wahrheit erkennen, sondern fortan dem „blau-weiß-roten“ Wahngebilde, das ein so klägliches Abbild in dem erwähnten Werbeplakat gefunden hat, huldigen und ihr, wenn Preußen es will, neue Blutopfer bringen.“ (9. 6. 1922)*

Mit dieser Kritik von Seiten des nationalpolitischen Gegners war die Angelegenheit so ernst geworden, daß sehr bald Schluß war mit den ironischen Deutungsversuchen. Marxen wurde nun von Seiten des Hauptausschusses der Nordmarktage aufgefordert, eine Erklärung seines Werkes abzugeben, die mit folgendem Wortlaut in den Flensburger Zeitungen erschien:

*„Das Plakat habe ich in der Form absichtlich leicht und beweglich gehalten, allein von dem Gedanken geleitet, ein Festplakat machen zu wollen. Die Frauengestalt ist als Fördemädchen gedacht. Dieses frische Fördemädchen, die Jugend, ist die Schutzherrin des Festes. Sie nimmt liebevoll schützend in ihre Arme den Nordmarkbaum, unter dessen vorläufig noch kahlem Ast ein Reiterlein das Fest und die bessere Zukunft ankündigt. Als zweites ein Festzelt oder Theater. Dieses kann auf Freude hindeuten. Auf dem blauen Band der Förde segelt ein Segelboot, den Sport darstellend. Ich habe bei Entwurf des Plakates versucht, dem Text gerecht zu werden, den ich s. Z. von Herrn Dr. Dammann erhielt, er lautet: ‚Heimat, Volks gemein de, Freude, Wettkampf, Feier, tapfere Zukunft!‘ — Muß man immer nur das Gewohnte gelten lassen?“*

Der „Bund Deutscher Gebrauchsgraphiker“, dem Marxen im September desselben Jahres beitrug und dem er seinen Fall schilderte, riet ihm für die Zukunft von derartigen Kommentaren ab:

*„Das Werk wird dadurch immer in den Augen der anderen herabgesetzt. Das Verständnis wird nie gefördert, und die anderen, also die Bürger, behalten dabei immer recht. Vergleichen Sie Ihr Plakat und die von Ihnen veröffentlichte Erklärung. Finden Sie nicht auch, daß Ihre Schreibart der Handschrift des Künstlers im Plakat widerspricht? Ihr Ausdruck in Ihrer Erklärung ist gut bürgerlich und fordert geradezu die spöttischen Vergleiche heraus, die sich der bürgerliche Instinkt nicht entgehen ließ. Der Bürger hört Ihre Erklärung in seiner Sprache und lacht dabei, weil die Vorstellungen, die sie in ihm auslösen, trivial sind, als sie im Ausdruck Ihres Plakates gemeint wurden. Wir raten Ihnen also, überlassen Sie*



*den Kommentar zu Ihren Werken künftig den Freunden und Kritikern.“*

Diese kluge Empfehlung kam für Marxen zu spät. Wie sehr der Bundesverband recht hatte, zeigt die Reaktion der Flensburger Presse, die nun erst recht loslegte. Anselmus von den „Flensburger Nachrichten“ fühlte sich vor allem durch die Bemerkung provoziert, mit der Dammann Marxens Erklärung eingeleitet hatte, das Plakat sei für hiesige Verhältnisse etwas ungewöhnlich und schwer verständlich. Anselmus wertete diesen Hinweis als einen Vorwurf „spießbürgerlicher Rückständigkeit“, und zum Beweis, daß man sich in Flensburg dem „Neuen und Ungewohnten niemals philisterhaft verschlossen“ habe, berief er sich auf die ungewohnte Kunst von Fidus, der in Flensburg allgemein bekannt und geschätzt sei. Fidus war ein Künstler, der seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zunehmend plakative Zeichnungen mit völkisch-rassistischen Inhalten herstellte, die im wesentlichen unter den rechten Splittergruppen der deutschen Jugendbewegung und in antisemitischen Kreisen Verbreitung fanden. Anselmus nahm die Popularität von Fidus in Flensburg als Beleg für das kulturelle Niveau der Stadt, das auf die guten Schulen, die lebhaften Verbindungen mit aller Welt und auf eine gute Rasse zurückzuführen sei. Die Polemik gegen Marxens Plakat war jetzt nur noch der Anlaß, mit der Gegenwartskunst abzurechnen, „dem Gewirr von Linien, den Verrenkungen und den zeichnerischen und malerischen Greuel, die wir als ‚Expressionismus‘, ‚Futurismus‘, ‚Kubismus‘ usw. kennen“. Aus völkischer Sicht nahm Ditlev Rönnow in der „Schleswigschen Grenzpost“ (13. 6. 1922) zur Frage des Expressionismus Stellung:

*„Der Expressionismus stammt aus der Großstadt ... Er ist in einer sandmageren Fuge zwischen den Pflastersteinen geil wie ein Kellerschößling aufgesproßt, nicht auf kraftvollem Ackerboden draußen auf freiem Feld. Er ist der Schrei der Entwurzelten, die sich auf dem Asphalt und den Pflastersteinen bewegen, der Etagenmenschen, die keine Heimat, aber die brennende Sehnsucht nach ihr haben — ... Hier ist der Punkt, von dem aus das Unüberlegte und Unverantwortliche, ein derartiges Plakat auf die entsetzten Flensburger los zu lassen, sichtbar wird. Flensburg ist kein Berlin, kein Paris, kein Kopenhagen, keine Asphaltstadt, es steht fest verbunden mit der Nordmark, die ein sehr eigenes, blutvolles Leben hat ...“*

Sätze wie diese enthalten schon wesentliche Elemente der „Blut- und Boden“-Sprache der Jahre nach 1933. Es ist charakteristisch für den Geist der damaligen Zeit, daß die Flensburger Pfadfinder sich „zum Kampf gegen Schund und Schmutz in Wort und Bild“ versammelten und für den 11. Juni in der Presse zur Verbrennung von Schundbüchern am Ostseebad aufriefen.<sup>7</sup> Wohl als Folge dieser

aufgeheizten Stimmung äußerte sich in der „Schleswigschen Grenzpost“ vom 10. 6. 1922 im Namen vieler ein echtes „Flensburger Fördemädchen“ gegenüber Marxen mit unverhohlener Aggressivität:

*„Danach soll das schielende Mondkalb mit dem ausgelaufenen Gehirn, das wir bis dahin für ein mißlungenes Selbstporträt hielten, ein frisches Fördemädchen dar stellen. Also wir sind in seinen Künstleraugen Karikaturen, ohne Leib und Seele! Ohne auf die übrigen bildlichen Darstellungen weiter einzugehen, möchten wir der verantwortlichen Stelle dringend raten, ihren Schützling während der Festtage in einem sicheren Gewahrsam unterzubringen, da er sonst möglicherweise der Gefahr ausgesetzt wäre, eine unangenehme Bekanntschaft mit den ‚liebvollen Armen‘ der schwer beleidigten Fördemädchen zu machen, die dann ganz gewiß mehr Muskelkraft verraten dürften, als in den blauen Walroßzähnen auf dem Prachtgemälde zum Ausdruck kommt.“*

Innerhalb einer Woche, und noch immer vor dem Nordmarkfest, war das „gesunde Volksempfinden“ soweit mobilisiert, daß die Schriftleitung der „Schleswigschen Grenzpost“ jetzt Dammann als den eigentlich Verantwortlichen zu einer Stellungnahme aufforderte. Dammann argumentierte recht zurückhaltend. Er bekannte sich zur Idee der Nordmarktage und zur Pflege der Tradition, betonte aber zugleich die Notwendigkeit der Anwendung moderner Methoden im wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Der Ausschuß der Nordmarktage habe ein Plakat gewünscht, das in ganz Deutschland Beachtung finden würde, dies sei geschehen. In äußerst sachlicher Form erläuterte Dammann die Gestaltungsprinzipien des Plakates und lobte Marxen als einen unverkennbar stark begabten jungen Künstler.<sup>8</sup>

Angesichts des öffentlichen Drucks, dem Dammann sich nun ausgesetzt sah, schrieb er 27 Fachleute zwischen Altona und München, zwischen Köln und Dresden an, die meisten davon Museumsdirektoren, aber auch Bauräte, Kunstgewerbelehrer und Künstler. Mit dem Plakat schickte er ihnen einen Brief, in dem er auf Herbert Marxen aufmerksam machte und um eine freundliche Äußerung über das Plakat bat: es sei das erste aus modernem Plakatverständnis geschaffene Werk in Flensburg und habe den „üblichen Sturm der Entrüstung“ entfesselt. In den 13 Antwortschreiben, die Dammann erhielt,<sup>9</sup> fand das Plakat einhellig Anerkennung, zum Teil hohes Lob. Man fand es frisch und lustig sowie einprägsam in der Form. Max Sauerlandt, der Direktor des Hamburgischen Museums für Kunst und Gewerbe spürte „darin etwas von dem frischen Seewind, der uns allen so not tut.“ Kritische Einschränkungen wurden im Hinblick auf die allgemeine Verständlichkeit gemacht. Direktor Pazaurek vom Landesmuseum Stuttgart äußerte, daß man gerade in solchen Propagandadingen dem

allgemeinen Geschmack keine allzu großen Opfer zumuten dürfe, doch niemand sah in dem Plakat einen Grund zur Entrüstung, im Gegenteil: Der bekannte Hamburger Architekt und Stadtplaner Fritz Schumacher schrieb aus Köln: „Der Marxen hat alles Zeug, ein ausgezeichneter Plakatmann zu werden ... Merkwürdig, daß es nichts gibt, was die Gemüter so empört wie ein Plakat. Eigentlich könnte doch selbst der Widerstrebende gerade auf diesem Gebiet tolerant sein. Es ist doch geradezu da, zu experimentieren und neue spritzende Kraft zu zeigen.“ Der Kunsthistoriker Edwin Redslob, Reichskunstwart im Reichsministerium des Innern fand es „fast tragisch, daß derartig einfache und im Grunde doch harmlose Versuche, in denen etwas von der Verbindung künstlerischer und volkstümlicher Elemente zu spüren ist, so wenig verstanden werden“.

Fritz Wichert, der Direktor der Kunsthalle Mannheim, der sich 1910 ähnlichem Ärger ausgesetzt sah, als er Bilder französischer Impressionisten wie Manets „Erschiessung Kaiser Maximilians“ und Cézannes „Raucher“ ankauft, traf mit seiner Bemerkung den Nagel auf den Kopf: „Da das allgemeine Publikum an das Kunstwerk nie andere als gegenständliche Forderungen stellt, so wird es sich für seine Verblüffung durch Kritik an der ungewöhnlichen Form schadlos gehalten haben. Die Form ist aber ausgezeichnet.“

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich das ungewohnte Neue immer gegen den Widerstand des Alten durchzusetzen hat, machte der Kollege Schürmeyer aus Frankfurt Dammann Mut. Er schrieb, es sei erfreulich, „daß durch ein solches Plakat gerade in einer Gegend, die den künstlerischen und geistigen Bestrebungen unserer Zeit noch recht fremd gegenübersteht, einmal Gelegenheit geboten wird, darüber nachzudenken, daß mit jeder neuen Zeit eine neue Form entsteht. Daß sich dabei Widerstände geltend machen, die sich erfahrungsgemäß höchst kläglicher Mittel bedienen, darf Sie nicht abschrecken, auf dem einmal beschrittenen Wege fortzufahren ... Es wird schon noch die Zeit kommen, in der man auch bei Ihnen einsehen wird, daß in diesem Plakat, ..., mehr gesundes Heimatgefühl steckt als in den kläglichen Imitationen der alten Vorlagen.“

Während Dammann noch die eingehenden Antwortschreiben sammelte, um sie den Flensburger Zeitungsredaktionen und Kommunalpolitikern zu schicken, griff die auswärtige Presse den „Fall Marxen“ auf. Am 10. Juli brachte das „Naumburger Tageblatt“ darüber eine Notiz, am 24. Juli das „Bamberger Tageblatt“. Der Altonaer Magistratsbaurat W. Jackstein schrieb am 29. Juni in der „Neuen Hamburger Zeitung“, daß das Plakat auch in Hamburg durch seine künstlerischen Vorzüge aufgefallen wäre. Jackstein hielt dieses Plakat für ein Ereignis von weittragender Bedeutung. „Es wird nicht viele Flensburger Bürger geben, die sich mit Kunst befassen. Die meisten werden abseits, höchstens auf längst abgetretenen Pfaden wandeln. Da springt ihnen plötzlich an jeder

Straßenecke die junge Kunst entgegen und zwingt sie, Stellung zu nehmen.“ Stellung bezog erneut Anselmus, der sich durch diesen Artikel ein weiteres Mal zu einer längeren ironischen Entgegnung herausgefordert fühlte. Es heißt darin:

*„Der Aufsatz ist offenbar, wenn das auch nirgends ausdrücklich gesagt ist, eine Polemik gegen die banausische Plebs in Flensburg, die das erhabene Kunstwerk in den Staub ihrer Vergänglichkeit gezogen hat. Wir haben, wie erinnerlich, von vornherein die epochale Bedeutung des Plakats erkannt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß damit eine ganz neue Kunstrichtung geschaffen worden ist: Der Infantilismus ist hier zum Embryonalismus fortgeschritten.“*

*(„Flensburger Nachrichten“ , 13. Juli 1922)*

Eine Sammlung der gegen Marxens Plakat gerichteten Zeitungsartikel gelangte schließlich in die Hände des Berliner Kunsthistorikers und Schriftstellers Adolf Behne. Behne war der führende Theoretiker des Berliner Expressionismus. Zusammen mit dem Architekten Bruno Taut hatte er im Jahre 1918 in Berlin unter dem Eindruck der Novemberrevolution und der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten den „Arbeitsrat für Kunst“ begründet. Zu den bekanntesten Mitgliedern dieser Vereinigung fortschrittlicher deutscher Architekten, Maler und Kunstschriftsteller zählten Käthe Kollwitz, Erich Heckel, Karl-Schmidt-Rottluff, Max Pechstein sowie die Gebrüder Taut und Walter Gropius.

Behne analysierte Marxens Plakat und lobte, ohne gewisse Schwächen zu übersehen, die frische und ehrliche Leistung des jungen Künstlers. Die Kritiker Marxens wies er vehement zurecht. Insbesondere erbosten ihn die Diffamierungen des Expressionismus und Futurismus durch Ditlev Rönnow, der diese Richtungen als Produkt „entwurzelter Großstädter“ bezeichnet hatte, „geil wie ein Kellerschößling zwischen den Pflastersteinen aufgesproßt“. Behnes Stellungnahme unter der Überschrift „Ackerscholle wider Futurismus“, die er in der Septemhernummer des Jahres 1922 von „Seidels Reklame“, dem „Blatt der Praxis für Reklamehersteller und Verbraucher“ veröffentlichte, gipfelt in folgenden Sätzen:

*„Meine Damen und Herren: warum, wenn Sie auf Ihrer Ackerscholle so sehr viel bessere Menschen sind als wir verblödete und verkafferte Großstadt-Asphaltpflanzen, so sehr viel gesunder, sittlicher, klüger, unverdorbener, frischer, wackerer und tugendhafter in jedem Sinne — kurz und gut: die richtigen deutschen Prachtkerle vom alten Schrot und Korn ... warum fallen Sie so hämisch, so giftig, so lieblos und boshaft über einen jungen Menschen her, der Ihnen nichts zu Leide getan hat???*

*Mir scheint manchmal, wir Asphaltkreaturen ohne Seele sind schon so sehr viel*

*schlechter nicht — immerhin vorurteilsloser und freudiger bereit, eine junge Leistung anzuerkennen.“*

Mit dieser berechtigten Polemik traf Behne den Kern des Problems. Seit der Jahrhundertwende waren in ganz Deutschland konservative und reaktionäre Kräfte virulent, die mit „gesunder Heimatkunst“ gegen „degenerierte“ Großstadtkunst zu Felde zogen.<sup>10</sup> Allerdings war dieses Gedankengut in Schleswig-Holstein besonders ausgeprägt. Das Schlagwort vom „Berliner Sumpf“, verbunden mit Klagen über den Niedergang der Kultur und den „Tiefstand des nationalen Empfindens“ stand in der bürgerlichen Presse Schleswig-Holsteins hoch im Kurs. Die „Itzehoer Nachrichten“ hatten eine regelmäßige Spalte „Streiflichter vom Berliner Sumpf, von unserer Berliner Redaktion“, in der sie über das Kulturleben in Berlin „berichteten“. Rudolf Rietzler sieht in dieser elitären Selbsteinschätzung mit ihren ausgeprägt irrationalen und partiell psychopathologischen Zügen zu Recht eine Überkompensation eines massiven Isolationskomplexes, hervorgerufen durch die inselähnliche Randlage im äußersten Norden Deutschlands, durch das Gefühl der Vernachlässigung durch die Berliner Zentralinstanzen und eine traditionell vorhandene Preußen- und Berlin-Aversion.<sup>11</sup> Marxens Plakat, das einen so offensichtlich modernen Charakter offenbarte, mußte daher geradezu zwangsläufig den kulturellen Bilderstürmern ein Dorn im Auge sein.

Auch nach Behnes energischer Stellungnahme gab es in Flensburger Zeitungskreisen keine Einsicht. Trotzig räsonierte Anselmus vielmehr über das „Geschreibe des Berliner Reklame-Onkels“:

*„Man hat uns das Heft dieser Zeitschrift (Seidels Reklame) zugesandt, wahrscheinlich, damit uns einige Belehrung erteilt werde. Leider sind wir nicht belehrt. Wir können auch darauf verweisen, daß bisher kein wirklich schaffender Künstler, kein namhafter Maler, das Plakat schön gefunden hat. Alle Urteile schaffender Künstler, die wir erhalten haben, lassen sich in die Worte zusammenfassen: Lot di nich verblüffen!*

*Ein geistreicher Kopf kann mit dem Anschein größten Ernstes und tiefgründigster Gelehrsamkeit überzeugend dartun, daß weiß schwarz ist.*

*... So kann man auch mit dem ganzen bestechenden Aufwand der Kunstgelehrten-Fachsprache Marxens Fördermädchenplakat als geniales Anfängerkunstwerk ausdeuten; ... wer Marxens Plakat ansieht, kriegt einen Lachkrampf oder ist ärgerlich über diese Zumutung. Bescheidenheit und Zurückhaltung im Urteil vor einem nicht sofort verständlichen Kunstwerk ist gewiß eine schöne Sache; aber hier liegt die Sache klar: hier traue man seinen eigenen Augen und lasse sich nicht verblüffen. Gerade, als wir dies schreiben, erhalten wir von der Museumsleitung*

*eine Zusammenstellung von Antworten auswärtiger Empfänger des Plakats. Wir können dieser Zusammenstellung keinerlei Beweiskraft zuerkennen; jegliche Verteidigung des Plakats erscheint uns als schwache Rückzugsgefechte. Die jungen Künstler mögen unter sich experimentieren nach Herzenslust. Aber das gesunde Kunstgefühl der Allgemeinheit, das mit soviel Mühe geweckt und gehegt wird, soll man damit nicht verwirren wollen.“*  
(„Flensburger Nachrichten“, 28. 10. 1922).

Von den von Dammann eingereichten Schreiben der Kollegen und Kunstsachverständigen nahm die Flensburger Presse keine weitere Notiz, auch von den Vertretern der Verwaltung und der Flensburger Gesellschaft, für die Dammann ebenfalls ein Dossier zusammengestellt hatte, kam keine Resonanz. Lediglich Oberbürgermeister Todsen schrieb, daß er diese Sammlung von Urteilen mit lebhaftem Interesse zur Kenntnis genommen und dem Magistrat vorgelegt habe. Als die Kampagne gegen Marxen hiermit Ende Oktober 1922, nach fünf Monaten, ein Ende gefunden hatte, war Marxen in seiner Heimatstadt jede Existenzgrundlage als Gebrauchsgraphiker und Künstler entzogen. An der Einschätzung seiner Kunst änderte sich auch in Zukunft kaum etwas. 1927 schrieb Fritz Fuglsang, der Nachfolger des im selben Jahr plötzlich verstorbenen Dammann, an Marxen, daß ihm seine Kunst derartig wenig liege, daß er beim besten Willen nicht dafür eintreten könne; auch stünden die Flensburger diesen Dingen vollkommen ablehnend gegenüber. Bezeichnenderweise verwies Fuglsang Marxen an Kunsthandlungen in den Großstädten. So blieb Marxen in seiner Heimatstadt bis in die jüngste Zeit ein Unbekannter, in der Großstadt München hingegen stieg er in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu einem der führenden Karikaturisten seiner Zeit auf. Auf dem Höhepunkt seiner künstlerischen Fähigkeiten wurde er 1932 jedoch aufgrund der allgemeinen katastrophalen Wirtschaftslage bei der Münchener Zeitschrift „Jugend“ entlassen, deren wichtigster künstlerischer Mitarbeiter Marxens geworden war. 1938 beschlagnahmte die Gestapo in seinem Flensburger Atelier etwa 200 Zeichnungen, darunter einige Karikaturen gegen das NS-Regime. Marxen wurde aus der „Reichskammer der bildenden Künste“ ausgeschlossen und mit „Berufsverbot“ belegt. Von dieser Verfolgung hat sich Marxen nie mehr völlig erholt; er starb 1954 weitgehend unbekannt in Flensburg.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt. Hrsg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1966, S. 425.
- 2 Begrüßungsartikel „Des Festes Bedeutung“ von Fritz Graef. Zit. nach: Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt, S. 425.

- 3 Flensburger Nachrichten vom 7. 6. 1922.
- 4 Rudolf Rietzler: „Kampf um die Nordmark“ — Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919—1928), Neumünster 1982, S. 120 f.
- 5 Zu Marxen vgl. Ulrich Schulte-Wülwer: Herbert Marxen — Ein Flensburger Karikaturist in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Katalog der Ausstellung im Stadt. Museum Flensburg 1982. — Ders.: Der Flensburger Karikaturist Herbert Marxen, in: „Wir bauen das Reich“ — Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Hrsg. von E. Hoffmann und P. Wulf. Neumünster 1983.
- 6 Schleswigsche Grenzpost vom 12. 6.1922.
- 7 Schleswigsche Grenzpost und Flensburger Nachrichten vom 7. 6. 1922.
- 8 Schleswigsche Grenzpost vom 14. 6.1922.
- 9 heute im Archiv des Stadt. Museums Flensburg.
- 10 Vgl. das Kapitel „Heimkunst“ in: Richard Hamann/Jost Hermand: Stilkunst um 1900 (Epochen deutscher Kultur von 1870 bis zur Gegenwart, Bd. 4) Frankfurt 1977, S. 326-346.  
Klaus Bergmann: Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, hrsg. von Wolfgang Abendroth, Bd. 20) Meisenheim am Glan 1970.
- 11 Rietzler a.a.O., S. 293 f.

## Macht ohne Moral

Am 30. Januar 1983 jährte sich die sogenannte „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland zum 50. Male. Aus diesem Anlaß organisierte die „Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager“ eine Veranstaltung in Husumhus, dem dänischen Kulturhaus in Husum.

Zum ersten Male seit nahezu vierzig Jahren wurde in größerem Rahmen in Husum der Versuch gemacht, die Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels in der Geschichte dieser Stadt wenigstens anzufangen.

Vom 25. September bis zum 21. Dezember 1944 bestand gerade fünf Kilometer östlich unserer kleinen Stadt an der Flensburger Chaussee ein Konzentrationslager, das der ehemalige Häftling und Lagerarzt, der Däne Prof. Dr. Paul Thygesen, als „dreimonatige Hölle und einen Massenmord ohne Sinn“ charakterisierte.

Abgesehen von sporadischen, undeutlichen Erzählungen Älterer gelangte nichts davon an uns Jüngere (ich bin Jahrgang 1956). Alles, was von offizieller Seite geschah, war das Setzen eines Gedenksteines auf dem Husumer Ostfriedhof, wo etwa dreihundert der KZ-Opfer begraben liegen. Die Inschrift „In meines Vaters Haus sind viele Wohnungen, Joh. 14.2“ läßt eigentlich recht die Gedankenlosigkeit der Zuständigen erkennen — für euch ist auch noch ein Eckchen frei, ansonsten läßt uns in Ruhe!

Im Laufe des 30. Januar 1983 trafen die von der Arbeitsgruppe eingeladenen ehemaligen Häftlinge des KZ's und Angehörige der Opfer in Husum ein. Begegnungen von Gästen und Einladenden und — wichtiger noch — Begegnungen der ehemaligen Häftlinge untereinander, die sich teilweise seit langer Zeit, in Einzelfällen sogar seit dem Kriege nicht mehr gesehen hatten, schufen eine gesprächige Atmosphäre.

In einem Interview, das für den im Entstehen begriffenen Dokumentarfilm zum Thema KZ Husum von dem Filmteam um Martin Vollmer aufgenommen wurde, brachten die dänischen Gäste Valdemar Sørensen, Benjamin Mørch und Prof. Paul Thygesen sowie der Niederländer Dr. van Dantzig übereinstimmend zum Ausdruck, daß sie froh seien, daß junge Deutsche sie eingeladen hätten, um gemeinsam aus der Vergangenheit zu lernen, um die Wiederholung ihrer Greuel



zu verhindern.

In Husumhus war im Foyer eine dem Umfang nach kleine, aber sehr beeindruckende Ausstellung aufgebaut, die von den Husumer Schülern Ralf Pampner und Hauke Jacobsen zusammengestellt worden war. Kernstück war eine Essensration, einerseits, wie sie das Küchentagebuch des Lagers offiziell auswies, und andererseits, wie sie die Häftlinge wirklich erhielten: Eine Schale dünne Rübensuppe, ein Becher lauwarmer sogenannter Kaffee und ein kärgliches Stück Brot, das obendrein oft aus Fisch- oder Sägemehl hergestellt war, eine erbärmliche Nahrung für Männer, die Schwerstarbeit leisten mußten.

Die eigentliche Veranstaltung wurde durch Klaus Bästlein von der Arbeitsgruppe eröffnet. Er berichtete von der großen Bereitwilligkeit, bei der Forschungsarbeit zu helfen, der die Mitglieder der Arbeitsgruppe besonders bei den Betroffenen und den Angehörigen der Opfer in Dänemark, den Niederlanden und in Frankreich begegnet waren. Britische und dänische offizielle Stellen wie Bibliotheken und Archive hatten Materialien beigetragen. Auch in Hamburg, besonders beim Dokumentenhaus der Gedenkstätte KZ Neuengamme, hatte es bereitwillige Hilfe gegeben. Die Aufzählung erhebt durchaus nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Die Unterstützung im Lande Schleswig-Holstein, im Kreis Nordfriesland und in der Stadt Husum selbst war dagegen eher zurückhaltend. Die Arbeitsgruppe hofft aber zuversichtlich, auch hier einiges in Bewegung setzen zu können. Anlaß zum Optimismus bietet nicht zuletzt das gewaltige öffentliche Interesse an der Veranstaltung vom 31. Januar, an der ca. 800 Zuhörer teilnahmen; nicht nur im Saal, auch im Foyer von Husumhus drängten sich die Menschen; viele mußten vor den Türen abgewiesen werden.

Der erste Redner des Abends war Dr. Ludwig Eiber vom Dokumentenhaus der Gedenkstätte KZ Neuengamme. Er ist der einzige Historiker in der Bundesrepublik Deutschland, der hauptamtlich mit der Erforschung der Geschichte eines Konzentrationslagers beschäftigt ist. Dr. Eiber berichtete, daß das KZ Husum-Schwesing ein typisches KZ der letzten Phase des Dritten Reiches war.

Die NS-Führung war darauf bedacht, das eigene Überleben möglichst lange zu sichern und setzte alle verfügbaren Menschen und Materialien, wobei kaum ein Unterschied zwischen diesen Kategorien gemacht wurde, ein, um, wie es offiziell hieß, den „Endsieg“ zu sichern. Ein wesentliches Element dieser von totaler, menschenverachtender Zerstörungswut der Nazi-Führung bis hinunter zur lokalen Ebene gekennzeichneten letzten Monate der Nazi-Herrschaft war der Einsatz von Häftlingen, die als „Untermenschen“ oder politisch aus irgendwelchen Gründen Ungelittene in einem neugeordneten nationalsozialistischen Europa ohnehin keinen Platz haben würden und die deshalb bedenkenlos in Massen dem nazistischen „Gedankengut“ geopfert werden konnten. Eines der

Überlebensprojekte der Nazi-Führung war der sogenannte „Friesenwall“, eine Panzergrabenstellung, die entlang der ganzen Marschenküste alliierte Landeunternehmen verhindern sollte. Im weichen, feuchten Marschboden konnten Panzer ohnehin nicht fahren, ebenso unmöglich war es, die Panzergräben „zweckmäßig“ auszuheben, da sie in der Regel alsbald mit Wasser volliefen. So diente das aberwitzige Projekt in der Hauptsache dem Ziel, die Lagerinsassen durch völlige Entkräftung zu entwürdigen und letzten Endes durch Arbeit zu vernichten. In den neuen Baracken, die 1938 für höchstens 400 Reichsarbeitsdienstmänner errichtet worden waren, hausten zeitweise 2 500 Menschen. Insgesamt durchliefen das KZ Husum-Schwesing etwa 4000 Häftlinge.

Der zweite Redner der Veranstaltung war der ehemalige Häftling Benjamin Mørch, der in einer erschütternden Rede unter dem Titel „Macht ohne Moral“ von der Entwürdigung der Häftlinge im Lager berichtete. „Alles war Wasser“, erinnerte er sich, „die Luft im regnerischen und nebligen Herbst 44, die karge Nahrung und die Exkrementen, die Arbeitsstellen in den Marschgräben, alles war Wasser“. Die SS-Schergen und die als „Kameradschaftspolizei“ fungierenden deutschen Kriminellen (Kapos) ließen keine Gelegenheit aus, die Häftlinge zu schikanieren und zu quälen. Kommandant des Lagers war SS-Untersturmführer Hans Griem, der von der britischen Militärjustiz in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, der aber fliehen konnte und, von der bundesdeutschen Justiz nie nachhaltig belangt, 1971 als freier Mann starb.

Ständige schreiend gegebene Kommandos, die stets mit Tritten und Schlägen begleitet waren, gellen den Häftlingen von damals noch heute in den Ohren.

Benjamin Mørch, der während der ganzen Rede mit seiner großen Bewegtheit zu ringen hatte, was sich auch auf die Zuhörer übertrug, sagte, daß keiner, der das erlebt habe, es je werde vergessen können.

Der dritte Redner war Klaas Friso von der niederländischen Stiftung „Putten Oktober 1944“. In der Nähe des Ortes Putten töteten niederländische Widerstandskämpfer zwei deutsche Soldaten. Der Befehlshaber der deutschen Truppen in den Niederlanden, Friedrich Christiansen, nach dem noch lange nach dem Krieg eine Straße in Wyk auf Föhr benannt war, befahl daraufhin, den Ort Putten „plattzubrennen“ und die männlichen Einwohner in die deutschen Lager zu schicken. Über den Leidensweg der Männer von Putten berichtete Klaas Friso. 600 waren verschleppt worden, 49 kehrten bei Kriegsende zurück. Etwa 25 der Opfer starben in Husum, 107 in Ladelund, wo ein weiteres Außenlager von Neuengamme bestand. Nach dem Kriege aber war es insbesondere der Initiative

des Ladelunder Pastors Meyer zu verdanken, daß schon nach wenigen Jahren eine „Versöhnung über den Gräbern“ eingeleitet werden konnte. Eine würdige Gedenkstätte und ein Archiv befinden sich heute in Ladelund. Besonders die evangelische Kirchengemeinde, die heute von Pastor Richter geleitet wird, hat sich hier große Verdienste erworben. Klaas Friso betonte, daß nicht Rachsucht und Ressentiments das Verhältnis zwischen Überlebenden und Deutschen bestimmen dürften, ebensowenig wie Furcht und Scham, denn dann hätte Hitler letzten Endes doch gesiegt. Siegen aber müsse die christliche Liebe, der Verständigung und Versöhnung vorausgehen müssen.

Als letzter schilderte Prof. Dr. Paul Thygesen, der ehemalige dänische Lagerarzt und Häftling des KZ's Husum, die medizinische Seite der Menschenvernichtung im Lager. Überfüllung, miserable hygienische Verhältnisse, schlechte Kleidung, schlechtes Schuhwerk und vor allem anderen die absolut unzureichende Ernährung, die Menschen, die bei ihrer Arbeitsleistung etwa 3 000 Kalorien gebraucht hätten, nur gerade 900 Kalorien, von Vitaminen und anderen wichtigen Elementen ganz zu schweigen, zukommen ließ, bildeten die „ideale“ Voraussetzung für das Entstehen und die Verbreitung aller möglicher Leiden. Kleinste Verletzungen, die ein normal ernährter Mensch nach wenigen Stunden vergessen hat, konnten zu entzündeten, eitrigen Wunden und damit zur tödlichen Bedrohung werden. Die eigentliche Geißel des Lagers aber war die „Scheißerei“, wie es in der Häftlingssprache unverblümt hieß:

Durch die chronische Unterernährung wurde die Darmschleimhaut der Häftlinge so stark angegriffen, daß eine normale Verdauung nicht mehr möglich war. Ein Dutzend Mal und mehr suchten die Häftlinge täglich die Latrinen oder die in den Baracken aufgestellten Eimer auf, und oft genug wurden die Kleider von den Exkrementen durchtränkt.

Paul Thygesen sagte, daß der medizinische Dienst im Lager völlig versagt habe, weil er vor eine unlösbare Aufgabe gestellt war. Der Lagerkommandant hätte sicherlich Abhilfe schaffen können, indem er für ärztliche Instrumente, Medikamente, Verbandszeug und vor allem für eine bessere Ernährung sorgte. Aber in den Augen der SS-Mörder waren die Menschen im KZ nur Kriegsmaterial, das jederzeit in jeder beliebigen Menge neu zu beschaffen war. Die Würde des Menschen wurde mit Füßen getreten.

Dr. Thygesen hat sich besonders mit der Erforschung des sogenannten KZ-Syndroms beschäftigt. Gemeint sind Krankheitserscheinungen, die vielen ehemaligen KZ-Häftlingen gemeinsam sind. Krankheiten der Verdauungsorgane,

Gedächtnisschwund und frühzeitige Vergreisung sind die wichtigsten. In Dänemark ist festgestellt worden, daß die Sterblichkeit unter ehemaligen KZ-Insassen um 20 Prozent höher liegt als bei den vergleichbaren Altersgruppen der übrigen Bevölkerung. Ein Mensch, der eine solche Hölle überlebte, ist zwar immer noch ein Individuum, das sich auch von seinem KZ-Kameraden unterscheidet, aber er ist nicht mehr derselbe Mensch, der er vorher war.

Von den in mehreren Transporten insgesamt nach Husum gekommenen ca. 4 000 Mann starben 300 bis 500 im Lager Husum selbst. Wie viele von den 1000 Mann, die Anfang November nach Ladelund gebracht wurden, dort zugrunde gingen, und wie viele von den 750 Schwerkranken, die Anfang Dezember nach Neuengamme zurückgebracht wurden, in den dortigen „Schonungsblocks“ starben, und wie viele schließlich beim Rücktransport nach der Auflösung des Husumer Lagers auf dem Weg nach Neuengamme umkamen, wird nie mehr genau zu ermitteln sein. Vorsichtig geschätzt dürfte sich die Zahl der Todesopfer, die das KZ Husum-Schwesing gefordert hat, auf etwa 1500 bis 2 000 belaufen, von den vorzeitig Gestorbenen der Nachkriegszeit einmal abgesehen. Hier endeten etwa 2 000 menschliche Schicksale auf grauenvolle und für Außenstehende unvorstellbare Art und Weise. Ich möchte als Schlußpunkt die Worte Paul Thygesens zitieren, der kein Außenstehender ist und der am Schluß seiner Geschichte vom KZ Husum den „Muselman“ beschreibt, das eigentliche „Endprodukt“ des Lagers: „Er ist stumpf, abgestumpft — ohne stolze Träume und Gedanken. Er ist verdreckt, und er hat immer Exkremete in der Hose. Eines Tages stirbt er, ohne es selbst zu bemerken. Es kann eine Zeit dauern, bis andere es bemerken, denn er verändert sich nicht mehr. Aber einmal war er ein Mensch — und vielleicht liebte er das Leben.“<sup>\*</sup>

Die Arbeitsgruppe wird ihre Anstrengungen fortsetzen. Es muß bewußt werden, was da vorgegangen ist. Denn wir dürfen unsere Geschichte nicht verdrängen und vergessen und immer nur unsere Dichter und Denker vorzeigen.“ — „Es bleibt dabei: Wer sich an seine Vergangenheit nicht erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ (K. Bästlein)<sup>\*</sup>

*Anmerkung der Redaktion:*

Unterdessen haben sich die im obigen Bericht ausgedrückten Hoffnungen insoweit erfüllt, als die offiziellen Vertreter der Stadt Husum und des Kreises Nordfriesland ihre Bereitschaft erklärt haben, das Wirken der „Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen

---

<sup>\*</sup> Beide Zitate aus: Das KZ Husum-Schwesing, hrsg. von Klaus Bästlein, Bredstedt 1983.

Konzentrationslager“ ideell und materiell nach Kräften zu fördern. So wird die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Errichtung eines Dokumentenhauses auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Husum-Schwesing ernsthaft erwogen. — Eine erfreuliche und ermutigende Entwicklung, wie wir meinen.

## Deutsche Flüchtlinge in Dänemark — ein Stück gemeinsamer Geschichte

### 1. *Zwei Invasionen*

In den frühen Morgenstunden des 9. April 1940 wurde Dänemark von deutschen Truppen besetzt. Fünf schlimme Jahre lang — „de fem onde år“ — mußte Dänemark unter und mit einer Besatzungsmacht von 200 000 Soldaten leben. Dieser Zeitabschnitt reiht sich ein in die für alle Dänen traumatische Zahlenfolge 1864 und 1920 — und nun 1940-45. Sie belegen, wie unlösbar Dänemarks Schicksal mit dem deutschen verbunden ist. Der 9. April, wenn jedes Jahr der Dannebrog auf Halbmast geht, und der 4. Mai z. B. mit dem „lysfest“ in Hadersleben markieren den Beginn und das Ende der Besatzungszeit. Es war auch das Ende der Kriegshandlungen, aber nicht das Ende der Kriegsfolgen. Kurz bevor die deutschen Soldaten Dänemark verließen, war eine neue deutsche „Besatzungsmacht“ an Land gegangen: 250 000 verwundete Soldaten sowie vor allem Flüchtlinge aus Ostpreußen, Danzig und Pommern waren auf dem Seewege evakuiert worden und verblieben teilweise bis 1949 im Lande. Diese bisher kaum beachtete, verdrängte und vergessene „zweite Invasion“ ist Gegenstand einer dänischen Publikation:

Arne Gammelgaard: *Mennesker i malstrøm — tyske flygtninge i Danmark 1945—1949*, 199 S., Forlaget Systime, Herning 1981 (Menschen im Malstrom — deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945—1949).

Dieses Buch ist ein Ereignis. Zum ersten Mal ist dieses Kapitel deutsch-dänischer Geschichte in wissenschaftlich vertretbarer Weise beleuchtet worden. Finanziell unterstützt durch ein Stipendium von „Statens Humanistiske Forskningsråd“ hat der Verfasser deutsche und dänische Archive durchgearbeitet, um die Begleitumstände des Aufenthalts dieser Flüchtlinge zu erkunden, aber auch um Kontakt mit diesen Menschen aufzunehmen.

### 2. *Die dänische Flüchtlingspolitik*

In einer der „größten Rettungsaktionen der Weltgeschichte“ — so Arne Gammelgaard — wurden von Februar bis Mai 1945 über eine Viertelmillion Deutsche aus den Ostgebieten evakuiert. Dabei sanken die „Wilhelm Gustloff“, die „Steuben“ und die „Goya“ mit 13 000 Menschen an Bord. Durch den „Führerbefehl“ vom 4. 2. 1945 wurden diese Transporte „vorübergehend nach Dänemark“ dirigiert, da hier die Versorgungslage sowie die Unzerstörtheit der Städte und Hafenanlagen dies aus deutscher Sicht ratsam machten. Vor allem in Kopenhagen strömten nun Tausende von Müttern, Kindern und alten Leuten an Land. Die

dänischen Behörden wurden von der deutschen Wehrmacht und dem „Reichsbevollmächtigten“ Dr. Werner Best über das Ausmaß der Evakuierung zunächst im unklaren gelassen. Von „einigen Tausend“ ist die Rede; dem zuständigen Beamten im dänischen Außenministerium, Nils Svenningsen, wird die Zahl von 4 000 genannt. Schließlich sichern die dänischen Behörden ihre Mitarbeit zu, wenn im Gegenzug die etwa 4000 in Deutschland gefangengehaltenen Dänen freigelassen würden. Diese Verhandlungen werden dann aber von der Wucht der Ereignisse überlagert: die Flüchtlinge sind da, und es muß gehandelt werden. Arne Gammelgaard setzt sich kritisch mit der dänischen Flüchtlingspolitik nach dem 5. Mai 1945 auseinander. Die Wehrmacht hatte die Flüchtlinge vor allem in Schulen, aber auch in Hotels oder privat einquartiert. Die offizielle dänische Politik läßt sich nun von zwei Hauptgedanken leiten, nämlich 1. diese Menschen so schnell wie möglich loszuwerden, und 2. — sollte dies nicht sofort durchführbar sein — sie zu internieren und jeden Kontakt mit der dänischen Bevölkerung zu unterbinden. Da die englische Besatzungsmacht die deutsch-dänische Grenze hermetisch abriegelte, war zunächst die erste Möglichkeit ausgeschlossen. Nach und nach wurden also die 1100 Schulen u. ä. geräumt und die Flüchtlinge in bewachten Internierungslagern zusammengefaßt, von denen Oksbøl bei Varde eines der größten war.

Die Verpflegung war nach heutigen Maßstäben eher eintönig, aber ausreichend, während zu diesem Zeitpunkt in Deutschland Hunger herrschte. Auf dem Gebiet der Ernährung und der elementaren Gesundheitsfürsorge wollte sich Dänemark nichts zuschulden kommen lassen und fühlte sich verpflichtet, der eigenen hohen Selbsteinschätzung entsprechend zu handeln.

Dennoch starben viele, darunter mehr als 4 000 Kinder, vor allem in den ersten Monaten nach der Flucht an Entkräftung und Mangelernährung. Es bestand Arbeitsverbot für die deutschen Lagerinsassen, die eine Ausbildung hatten, obwohl Dänemark zu diesem Zeitpunkt Arbeitskräfte dringend benötigte. All dies ist Teil der den Flüchtlingen — und den Dänen — auferlegten Kontaktsperre, die sogar bis zum Sprechverbot reichen konnte, wenn zu einem Arzt- oder Friedhofsbesuch das Lager verlassen werden durfte. Die Flüchtlinge wurden „versteckt“, aber doch gleichzeitig so gut behandelt, daß das Gewissen der Verantwortlichen beruhigt sein konnte.

Die Lager entwickelten sich allmählich zu kleinen, selbständigen Gemeinwesen mit eigener Infrastruktur: man musizierte und spielte Theater, es gab Schulen, man feierte, Gottesdienste wurden abgehalten und Sportfeste arrangiert; man konnte sich fortbilden und z. B. Sprachen lernen. Das Erlernen von Dänisch war allerdings ausdrücklich untersagt.

Die dänische Öffentlichkeit nahm kaum Notiz vom Vorhandensein dieser ungebetenen Gäste; sie wurden räumlich und im Bewußtsein der meisten Dänen

weitgehend verdrängt. Arne Gammelgaard beschreibt in einem längeren Kapitel die dennoch vorhandene öffentliche Meinung im Dänemark jener Jahre, die sich zwischen zwei Polen bewegt. Da ist zum einen die Erklärung von 68 Kopenhagener Pastoren vom Juni 1945: „Wir haben die Nazi-Ideologie bekämpft, weil sie im Juden nicht den Mitmenschen sehen wollte, und wir werden in der gleichen Weise gegen einen neuen Nazismus angehen, der in den Deutschen nicht den Mitmenschen sehen will.“ Zum anderen gibt es eine wahre Hetzkampagne z. B. der kommunistischen Zeitung „Land og Folk“, die immer wieder vom „deutschen Abschaum“ spricht, dem es in Dänemark noch viel zu gut gehe.

### *3. Auf der Suche nach dem Menschen*

Nach gründlichen Archivstudien hat Arne Gammelgaard sich auf die Suche nach früheren deutschen Lagerinsassen sowie der dänischen Lagerleiter, Pastoren und Betreuer gemacht, um vor dem Hintergrund der nüchternen Zahlen der Wirkung und innerlichen Verarbeitung dieser Ereignisse nachzugehen. Es sind dabei Lebensberichte entstanden, wie sie selten in einer derartigen Eindringlichkeit und Plastizität geschrieben worden sind. In den Flüchtlingsportraits wird ein Stück deutscher Geschichte, wie sie erlebt und durchlitten wurde, lebendig und für die Nachwelt festgehalten. In diesen Menschen steckte trotz allem viel Lebensmut, Optimismus und Vitalität. Die Klagen über schlechtes Essen oder den Haß der dänischen Bevölkerung treten bei den ehemaligen Lagerinsassen doch hinter der Erkenntnis und dem Dank zurück, daß man ihnen in schwerer Zeit das Leben rettete. Interessant und nuanciert sind auch die Portraits des dänischen Studienrats Bjarne Nissen, der in den Lagern Gottesdienste abhielt, oder des ehemaligen Widerstandskämpfers Svend Rasmussen, der mit 25 Jahren Lagerleiter wurde. Diesen Menschen, die aller der „Malstrom“ der Geschichte erfaßte, wird hier ein Denkmal gesetzt.

### *4. Ein Gespräch mit Arne Gammelgaard*

Das folgende Gespräch mit Arne Gammelgaard wurde am 28. 12. 1982 aufgezeichnet.

*Frage:* Was veranlaßt einen Dänen, sich mit dem Thema „Deutsche Flüchtlinge in Dänemark“ zu beschäftigen?

A. G.: Es muß natürlich ein allgemeines Interesse für diesen Fragenkreis vorhanden sein, und dann bedarf es noch eines aktuellen Anlasses. Mein allgemeines Interesse liegt darin begründet, daß mich Geschichte seit eh und jeh interessiert hat. Daß Geschichte etwas ist, das zutiefst in unser Leben eingreift, wurde mir am Ende des Zweiten Weltkrieges klar. Ein zwei Jahre älterer Mitschüler



meldete sich freiwillig als deutscher Soldat. Er fiel bei Stalingrad. Und kurz nach der Befreiung entdeckte ich, daß einige junge Leute, die alle etwas älter waren als ich, in der Widerstandsbewegung aktiv gewesen waren. Gleichzeitig begriff ich, welches ungeheure Glück es war, in Dänemark geboren zu sein — also nur ein kleines Stückchen von dem Teil Europas entfernt, in dem sich die eigentliche Katastrophe abspielte. Seit dieser Zeit hat mich der Zweite Weltkrieg und seine Folgen unablässig beschäftigt. Das ganze ist so konfliktgeladen, so unüberschaubar mit all den vielen Millionen, die herumgestoßen wurden, daß wir dies eigentlich heute noch nicht verarbeitet haben. Und dann taucht plötzlich der konkrete Anlaß auf: ich finde einige Papiere, die auf die osteuropäische Katastrophe der 40er Jahre weisen, so daß dahinter der einzelne Mensch sichtbar wird. Dies hat mich dann ergriffen und nicht mehr losgelassen. Für mich hat Geschichte — vielleicht ein wenig zu pathetisch gesagt — etwas mit Ehrfurcht zu tun. Wir müssen der Geschichte den allergrößten Respekt bezeugen. Dazu sollten wir sie auch in Größenordnungen betrachten, die uns persönlich berühren können. So halte ich eines Tages eine Postkarte in den Händen, wo Minna Kowalski, eine Frau von 33 Jahren, ihrem Mann schreibt, daß sie und die 8 Kinder hier in Dänemark seien usw. In diesem Augenblick erhält Geschichte für mich eine individuelle Dimension, und das hat mich eigentlich in Gang gesetzt.

*Frage:* Nun haben Deutschland und Dänemark ja zahlreiche Berührungspunkte, obwohl sich viele Dänen nicht so recht dazu bekennen wollen. Was für ein Gefühl ist es für dich, da ein wenig gegen den Strom zu schwimmen?

A. G.: Die dänische Einstellung gegenüber Deutschland und den Deutschen — hier einmal als plakativer Begriff gebraucht — ist seltsam ambivalent. Die Dänen wissen, daß Dänemark nur eine kleine, grasbedeckte Halbinsel ist — bewohnt von einer Handvoll Menschen und an Deutschlands Nordgrenze gelegen. Und dann fragt man sich: Wie hat dieses Land überhaupt seine selbständige Existenz bewahren können? Eine ganz rationale Erklärung gibt es dafür wohl nicht. Gefühlsmäßig verhält man sich etwas reserviert gegenüber allem Deutschen; andererseits wird auch vieles an den Deutschen bewundert. Es ist ja überwältigend, was wir an Kulturgütern aus Deutschland oder doch durch Deutschland vermittelt aufgenommen haben, ob wir nun an das Christentum oder die Romantik oder den Sozialismus denken. Und um zu verdeutlichen, daß wir dennoch keine Deutschen sind, müssen wir gelegentlich die Grenze zwischen deutsch und dänisch hervorheben. Ich bin einer der wenigen, die sich intensiv mit Deutschland beschäftigt haben. Ich muß hinzufügen, daß ich dazu auch die Gelegenheit hatte. Etwa 30 bis 35 mal habe ich Reisegruppen durch Deutschland begleitet. Zu erwähnen sind noch einige Studienaufenthalte, die durch die Deutsche Auslandsgesellschaft in Lübeck ermöglicht wurden, und schließlich ergeben sich aus meiner Tätigkeit als Deutschlehrer Interesse und Kontakte.

Dabei meine ich nicht, daß sich der einzelne Deutsche in irgendeiner Weise gegenüber einem Dänen „belastet“ zu fühlen braucht; andererseits habe ich häufig beobachtet, daß Dänen glaubten, sie hätten — historisch-politisch gesehen — die höhere Moral. Diese Haltung meiner Landsleute halte ich für oberflächlich und provinziell, provinziell.

*Frage:* Ist es das etwas zu gute Gewissen der Dänen?

A. G.: Ja, das ist es, was ich meine. Und wenn etwas zwiespältig und unaufrichtig war, dann war es die dänische Außenpolitik seit vielen Jahrzehnten. Man muß dabei allerdings bedenken, daß sich ein kleines Land keine ideologisch oder idealistisch geprägte Außenpolitik erlauben kann, wenn das Land überleben soll. Der Mitbegründer der Zeitung „Politiken“ und führende Kopf in „Det radikale Venstre“, Viggo Hørup, gehörte zu den geistigen Vätern des Außenministers Peter Munck und des Ministerpräsidenten Erik Scavenius, die einen Grundsatz aufstellten: Dänemark darf sich nie auf der Seite der Feinde Deutschlands befinden. Dies führte u. a. dazu, daß Dänemark am 9. April 1940 nicht „erobert“, sondern „besetzt“ wurde. Diese Besatzung wiederum war von „deutschen Garantien“ begleitet, auf die man sich von dänischer Seite mit einem gewissen Erfolg berief. Auch die territoriale Integrität — die dänische Südgrenze wurde nicht angetastet — war eine wesentliche Voraussetzung für die relative „Normalität“ in der Zeit von 1940 bis 1945.

*Frage:* Eine der Kapitelüberschriften, die du gewählt hast, lautet: „Ein Name — ein Mensch“. Was möchtest du damit ausdrücken?

A. G.: Das hängt mit meiner Geschichtsauffassung zusammen. Das zahlenmäßige, quantitative Erfassen von Opfern ist im vorliegenden Fall sicher notwendig, aber es ist auch zugleich entsetzlich abstumpfend. Man verliert das Gefühl für die Ungeheuerlichkeit solcher Zahlen. Eines Tages hielt ich eine Liste mit 168 Namen von deutschen Flüchtlingen aus dem Kraglund-Lager in den Händen, und diese Namen bedeuteten nichts für mich. In diesem Moment sagte ich mir: ich will, daß diese Namen lebendig werden; ich will wissen, wer Minna Kowalski war, was sie fühlte und dachte damals, als sie in Dänemark interniert war, so daß aus dem Namen ein Mensch wird.

*Frage:* Die zahlreichen Gespräche, die du geführt hast, haben sich vermutlich ja nicht nur um „Damals in Dänemark“ gedreht. Welche Konsequenzen haben nun diese Menschen aus ihren Erlebnissen und Erfahrungen gezogen? Kann man überhaupt aus der Geschichte lernen?

A. G.: Es wäre leichtfertig, auf diese Frage eine eindeutige Antwort zu geben. Es ist das Faszinierende an der Geschichte, daß sie so viele widersprüchliche, paradoxe Elemente enthält. Wir haben ein Leben, aus dem wir nicht hinaustreten können, um uns selber objektiv zu betrachten. Deshalb ist es wohl auch

unmöglich, sich rational mit eigenen starken, gefühlsmäßigen Bindungen und Prägungen auseinanderzusetzen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Pommersche Landsmannschaft, die Ostpreußische Landsmannschaft oder der Bund der Vertriebenen als politisch rechtsgerichtet, sehr national und gelegentlich nationalistisch angesehen werden. Nicht ohne Selbstironie begrüßte mich der Geschäftsführer der Pommerschen Landsmannschaft mit den Worten: „Wir sind nette Menschen, obwohl wir die Revanchisten“ sind.“ Diese Menschen aus Danzig, Ostpreußen usw. sind die eigentlichen Verlierer des Krieges. Außer schwersten persönlichen Verlusten haben sie ihre Heimat und ihren Kulturkreis verloren. Unsere Gespräche kreisten immer wieder um den Nationalsozialismus. Der Ermländer Prälat Geo Grimme, jetzt Münster, faßte es so zusammen: „Der Nationalsozialismus appellierte an unsere besten Gefühle und größten Ideale, und als wir erkannten, was er eigentlich war, da war es zu spät, sich gegen ihn zu wenden.“ Die sogenannten einfachen Leute, mit denen ich meist zu tun hatte, können sich nicht von ihrer emotionalen Vergangenheit trennen und wollen es wohl auch nicht. Es liegt eine Art Wehmut in diesen Menschen, die von einem Malstrom erfaßt wurden und sich erfassen ließen. Nicht wenige in Deutschland sind ja der Ansicht, daß alles mit dem Versailler Vertrag von 1919 begann. Das mag sein, und ich werfe jedenfalls niemandem vor, daß er sich 1933 oder 1939 oder sogar noch 1945 als überzeugter Nationalsozialist fühlte. Ich kann mich nur darüber freuen, daß uns Dänen diese Prüfung und Bewährung erspart geblieben ist.

*Frage:* Das Thema der deutschen Flüchtlinge in Dänemark hat dich sehr schnell in seinen Bann gezogen und nicht mehr losgelassen. Es muß etwas in dir bewegt haben. Was hat deine Arbeit dir menschlich bedeutet? Was hat sie dir an Einsichten vermittelt?

A. G.: Als ich anfing, stellte ich mir einen Abschnitt vor, der gerade die Erfahrungen und Einsichten behandeln sollte. Später fiel es mir dann sehr schwer, mit diesen Begriffen umzugehen, die ja auch immer Urteile enthalten, so daß ich weitgehend die historischen Fakten und die beteiligten Menschen für sich selber sprechen lasse. Ich muß da z. B. an Anna Serowy denken. Sie brachte es fertig, mit all dem Schmerz und Kummer in ihrer Seele weiterzuleben und sogar noch eine verantwortungsbewußte und klare Haltung zum Geschehen im letzten Viertel dieses Jahrhunderts einzunehmen. Sie hat ihre persönliche Integrität bewahrt, so daß ich — auch wenn es vielleicht sentimental klingt — eine warme Zuneigung für solch einen einzelnen Menschen empfinde, der von diesem Malstrom der Geschichte ergriffen wurde und so viel durchmachen mußte. Dies hat mich gelehrt, menschliche Größe bei denjenigen zu erkennen, die gemeinhin als „einfache Leute“ bezeichnet werden. In der deutschen Geschichte ist häufig die Tendenz zu verspüren, den Menschen vertikal und hierarchisch zu betrachten, wohingegen wir

in Dänemark eher den egalitären Aspekt betonen, dessen wichtigster „Ideologe“ ja Grundtvig war. Ich habe alle großen deutschen Denkmäler gesehen: Bismarck in Hamburg, das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald und die Germania im Niederwalddenkmal am Rhein; es fehlt eigentlich das Denkmal für die unbekannte Mutter des Zweiten Weltkrieges.

*Frage:* Wir sprechen über das Schicksal von ca. 240 000 Deutschen, die unfreiwillig und als ungebetene Gäste in Dänemark lebten. Was mag der Grund sein, daß niemand vor dir — weder in Deutschland noch in Dänemark — sich wirklich gründlich mit diesem Thema beschäftigt hat?

A. G.: Ich will zunächst sagen, warum sich in Deutschland niemand hiermit beschäftigt hat. Von den etwa 13 Millionen Heimatvertriebenen gelangten weniger als 2 % vorübergehend nach Dänemark. Diese Menschen wurden bei uns nicht besonders gut behandelt, aber sie hatten doch ein Dach über dem Kopf und bekamen etwas zu essen. So gesehen gab es nichts Aufseherregendes aus Dänemark zu berichten. Aus deutscher Sicht handelte es sich also um eine relativ unproblematische Randerscheinung. Es hätte schon eines „atypischen“ deutschen Forschers — vielleicht noch mit einer besonderen Beziehung zu Dänemark — bedurft, um auf diesen Komplex überhaupt aufmerksam zu werden. Ganz anders liegen die Dinge, wenn man sie aus dänischer Sicht betrachtet: 4 Millionen Dänen sollen plötzlich weitere 240 000 Menschen ernähren und versorgen, kaum daß die 200 000 deutschen Soldaten das Land verlassen haben. Über die erste Periode mit deutschen „Gästen“ von 1940 bis 1945 ist viel geschrieben worden, über die zweite von 1945 bis 1949 fast nichts. Über den Zweiten Weltkrieg — und zwar vor allem über die sehr kleine Widerstandsbewegung — sind knapp 800 Titel in dänischer Sprache erschienen. Wenn man bedenkt, daß ca. 8 000 dänische Freiwillige in deutscher Uniform fielen, während die Widerstandsbewegung ca. 20 000 Personen (davon etwa 5 000 wirklich aktive) umfaßte, dann ist auch hier von dänischer Seite noch ein Stück „Vergangenheitsbewältigung“ zu leisten. Wenn sich also bei uns noch niemand mit dieser Flüchtlingsfrage beschäftigt hat, dann ist der Grund ganz einfach darin zu suchen, daß dieses Thema nicht „salonfähig“ war. Es haftete diesem Bereich ein Gefühl des Unbehagens an. Im Mai 1945 jubelt alles vor Begeisterung über die Befreiung, und diese Begeisterung hält sich eine Weile. Es war in dieser Situation nicht möglich, die gewaltige Enttäuschung zu verarbeiten, daß da nun plötzlich eine Viertelmillion Frauen und Kinder saßen, die zumindest notdürftig versorgt werden mußten. Diese Menschen wurden also in Lagern interniert, d. h. von der übrigen Gesellschaft getrennt, und das Thema als solches wurde verdrängt, weil man die Deutschen nicht mehr sehen wollte. Die antideutsche Stimmung der Nachkriegszeit muß natürlich im Zusammenhang mit 1864, 1920 und schließlich 1940-45 gesehen werden.

*Frage:* Wie wurde das Buch in Dänemark und in Deutschland aufgenommen?

A. G.: Zum letzteren ist in aller Kürze nur folgendes zu sagen: Es wurde z. B. den Redaktionen des Ostpreußenblatts und der Pommerschen Zeitung zugesandt, und hier hat man auf das Buch hingewiesen. Daraufhin kamen 20 bis 30 Bestellungen aus Deutschland, wobei ich darauf hinweisen mußte, daß das Buch auf Dänisch erschienen war. Es ist also sehr die Frage, ob das Buch in Deutschland überhaupt richtig registriert wurde. Hierbei ist ganz sicher die Sprachbarriere das wesentliche Hindernis. Es hat mich dagegen sehr gefreut, daß das Buch gerade in Dänemark positiv aufgenommen wurde. Besonders gespannt war ich auf die Rezension in der Zeitschrift der Gestapo-Opfer in Dänemark, „Pigtråden“ („Der Stacheldraht“). Zu meiner Freude las ich, daß es verdient wäre, daß ich auf ein zu Unrecht vergessenes Thema aufmerksam gemacht hätte. Jedenfalls war keine Rede davon, ich sei etwa ein „deutschfreundlicher“ — natürlich gebraucht als Schimpfwort — Autor. In einem Fall hat mir ein Marxist der jüngeren Historikergeneration an der Kopenhagener Universität vorgeworfen, ich sei ein Opfer der Nazi-Propaganda, da ich die Greuelmärchen über die Rote Armee 1944/45 kritiklos übernommen hätte. Angesichts auch der großen Stoffmenge, die ich im Buch gar nicht habe auswerten können, scheinen mir diese Bemerkungen belanglos zu sein. Am Rande habe ich eine kleine Kontroverse mit dem Ostpreußenblatt gehabt, in dem von einem früheren Lagerinsassen aus Oksbøl schwere Vorwürfe gegen Dänemark erhoben wurden. In einem Leserbrief habe ich versucht, diese Vorwürfe zu entkräften, aber der Leserbrief wurde nicht abgedruckt. Eine Rezension kam aus Norwegen. Sie erschien in „Bergens Tidende“, und das hängt damit zusammen, daß die „Goya“, die wenige Tage vor Kriegsende mit 5 000 deutschen Flüchtlingen an Bord versenkt wurde, in Bergen gebaut worden war. Die meisten Rezensenten wunderten sich darüber, daß dieses bedeutende Kapitel der dänischen Geschichte erst jetzt zum ersten Mal behandelt wurde.

*Frage:* Benötigt man den zeitlichen Abstand und eine gewisse emotionale Distanz, um sich diesem Themenbereich nähern zu können?

A. G.: Ja, das glaube ich ganz sicher. „Abstand“ bedeutet hier aber auch ganz konkret, daß zahlreiche Archive, die Material über Einzelpersonen enthalten, noch nicht zugänglich sind. Nur durch das Forschungsstipendium von „Statens Humanistiske Forskningsråd“ öffneten sich mir Archive, die sonst verschlossen geblieben wären. Aber deshalb hätten sich natürlich auch andere vor mir dafür interessieren können.

*Frage:* Objektiv bleibt es eine humanitäre Großtat, 240 000 nicht sehr willkommene Flüchtlinge bis zu vier Jahre lang in einem kleinen Land aufzunehmen und zu versorgen. Ist jemals von deutscher Seite dies gebührend

gewürdigt worden?

A. G.: So weit ich weiß, nicht. Ich möchte die Sache aber einmal anders betrachten. Ich hätte mir gewünscht, das dänische Volk wäre so großzügig gewesen, daß es diesen armen Flüchtlingen, die zu Tausenden im Kopenhagener Hafen ankamen, entweder durch seine karitativen Hilfsorganisationen oder ganz spontan geholfen hätte. Man hätte sie nach Hause einladen und ihnen sagen können: Es ist traurig, daß eure Männer hier als Soldaten sind, aber darunter sollt ihr nicht leiden. Wir sind — im Vergleich zu anderen — so leicht durch den Krieg gekommen; wir wollen etwas für euch tun usw. Und wenn dann von Mensch zu Mensch eine Verbrüderung dabei herausgekommen wäre, hätte man sich später freundschaftlich voneinander verabschiedet. Aber die Verhältnisse waren ganz anders. Deshalb weiß ich nicht, ob wir eigentlich Dank verdienen. Es bekommt uns Dänen ganz gut, einmal darauf aufmerksam gemacht zu werden, was unsere tatsächliche Haltung war: Sperrt sie ein, wir wollen sie nicht sehen! Im Einzelfall war das Bild aber doch glücklicherweise nuancierter. Im Gegensatz zur offiziellen Internierungspolitik gab es auch Leute, die an den Lagern vorbeikamen und etwas Obst hinüberwarfen oder ein Spielzeug oder ein Paar Schuhe unter dem Stacheldraht durchschoben. Dies war streng verboten. Und es gehörte zu meinen traurigsten Aufgaben, das Strafregister im Landesarchiv von Viborg durchzuarbeiten, demzufolge die Dänen bestraft wurden, die versucht hatten, etwas in die Lager „einzuschmuggeln“. Es ist beschämend zu sehen, wie ein Staat seine Bürger daran hindert, diesen armen Menschen zu helfen. Vielleicht wäre auch deshalb ein offizieller Dank fehl am Platze. Hermann Jacobi allerdings, den ich am Ende meines Buches (S. 192 f.) zitiere, meint, daß die Hilfe, die die deutschen Flüchtlinge in Dänemark erfuhren, zum damaligen Zeitpunkt in irgendeinem anderen Teil Europas undenkbar gewesen wäre; von willkürlichen Übergriffen oder gar Massakern konnte gar keine Rede sein. Auch Geo Grimme erkennt dies alles an, aber fährt fort, daß er sich — um der Dänen selbst willen — eine aktivere, humanistisch geprägte Einstellung gewünscht hätte.

##### *5. Eine Wissenslücke beginnt sich zu schließen*

Obwohl weitere Studien wünschenswert erscheinen, so beginnt sich doch allmählich eine Wissenslücke in der deutsch-dänischen Geschichte von 1945 bis 1949 zu schließen. Aus dem zeitlichen und emotionalen Abstand heraus scheint sich Arne Gammelgaards Darstellung der immer angestrebten und nie erreichten Objektivität anzunähern. Er verbindet dabei die historische Quelle mit der Geschichte, wie sie erlebt und nur zu oft erlitten wurde, und zeichnet ein menschliches Bild sowohl der deutschen Flüchtlinge als auch ihrer dänischen Bewacher und Betreuer, so daß trennende Ideologien auf beiden Seiten in dieser Extremsituation aufbrechen und das, was uns Menschen existentiell verbindet,

sichtbar wird.

Arne Gammelgaard versucht, Deutschland zunächst einmal von dessen eigenen Voraussetzungen her zu verstehen, und er tut dies kritisch, schonungslos und ohne Vorbehalt. Als Ausländer erkennt er vielleicht besser die „geistige Einsamkeit“ der Deutschen in der „Stunde Null“ (S. 195), als wir selber dazu in der Lage sind. Dies macht sein Buch gerade für uns so wertvoll. Als Däne prangert er die leider oft anzutreffende dänische Selbstgerechtigkeit und moralische „Unfehlbarkeit“ an. Daß dies auch einen aktuellen Bezug hat, belegt der Artikel von Eskild Bram in Flensborg Avis vom 27. 8. 1982: „Tyske flygtninges kår i Danmark under krigsforhold“ („Die Lebensbedingungen der deutschen Flüchtlinge in Dänemark unter den Bedingungen der Kriegs- und Nachkriegszeit“). Hier heißt es, die deutschen Flüchtlinge hätten in den Internierungslagern „Nachhilfestunden“ in Demokratie erhalten, was sich nach der Rückkehr nach Deutschland als Motor des demokratischen Neubeginns erwiesen habe. Eskild Bram resümiert: „Etwas überspitzt formuliert stand die Wiege der neuen deutschen Demokratie in den dänischen Internierungslagern.“ Soll hier am „dänischen Wesen“ die Welt genesen? Arne Gammelgaard geht mit dieser Variante des dänischen Nationalismus hart ins Gericht, wie das oben wiedergegebene Gespräch mit ihm belegt.

Arne Gammelgaard beleuchtet kritisch die zu diesem Thema bisher erschienene Literatur, die teils aus Dokumentensammlungen, teils aus Erlebnisberichten besteht. Beides allein ist gleichermaßen unbefriedigend und unzulänglich. „Mennesker i malstrøm“ dürfte damit eines der wichtigsten und zugleich besten Bücher zur jüngsten deutsch-dänischen Geschichte sein. Es hat für uns nur einen Nachteil: es ist noch nicht auf deutsch erschienen.

## QUELLENHINWEIS

Die Abbildungen Nr. 1 bis 5 sind dem Buch von Arne Gammelgaard entnommen. Agnes Miegels Gedicht „O Erde Dänemarks“ (Abb. 6) erschien in Deutschland zuerst in der Gedichtsammlung „Aber du bleibst in mir — Flüchtlingsgedichte“ (Hameln 1949), in dem weitere Gedichte aus ihrer Lagerzeit in Dänemark enthalten sind. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Deutschen Volkskalender Nordschleswig 1980, S. 38-47, hingewiesen. Arne Gammelgaard hat in seinem Buch das Gedicht „O Erde Dänemarks“ ins dänische übertragen (S. 179).

## Zeitgeschichte — ein wichtiges Forschungsfeld der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte

Zeitgeschichte als Geschichte der unmittelbar vergangenen Epoche findet verständlicherweise im breiten Publikum mehr Interesse als z. B. mittelalterliche Geschichte, die für den Laien oft allzu weit entrückt erscheint. Dagegen beschäftigt man sich bereitwilliger mit Ereignissen, die man als Zeitgenosse selbst erlebt hat und die einem bewußt sind. Häufig vermögen Menschen die Vielfalt geschichtlicher Zusammenhänge erst mit einem gewissen Abstand zu erkennen. Unmittelbar Beteiligte sind selten in der Lage, genügend Abstand zu gewinnen, um sich ein zuverlässiges Bild ihrer Zeit zu verschaffen. Hier nun setzt die Zeitgeschichte ein, indem sie alle verfügbaren Quellen heranzieht und daraus Verläufe der jüngsten Vergangenheit rekonstruiert.

In der Bundesrepublik befaßt sich die Zeitgeschichte mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg. Wie jede historische Forschung stützt sie sich dabei auf Detailstudien, und solche liefert ihr für den regionalen Bereich vor allem die Landesgeschichte.

Im nördlichsten Bundesland ist es die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, deren Ziel die Erforschung der Geschichte und geschichtlichen Landeskunde Schlesiws, Holsteins und Lauenburgs ist. Sie bemüht sich darum, die Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, um Fragestellungen, die besonders in der heutigen Zeit von Bedeutung sind, als Ergebnisse historischer Entwicklungen zu verdeutlichen. Zum Verständnis der Gegenwart können gerade Untersuchungen zur Zeitgeschichte dienen.

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte plant daher eine Darstellung der jüngsten Geschichte unseres Landes in den Bänden 9 und 10 der „Geschichte Schleswig-Holsteins“, in denen die Kriegs- und Krisenzeiten 1914—1945 und die Entwicklung Schleswig-Holsteins zum Bundesland nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt werden sollen.

Inzwischen ist eine Reihe von Büchern und Zeitschriftenaufsätzen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte im Wachholtz-Verlag erschienen, die als wichtige Vorarbeiten für die Gesamtdarstellung gelten dürfen. Dazu zählen vor allem die beiden Arbeiten von Hans-Jörg Zimmermann: „Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918—1933“ (1978) und Jörn-Peter Leppien:



„Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909—1929“ (1981).

In der Zeitschrift der Gesellschaft befaßten sich der in Halifax/Kanada lehrende Zeithistoriker Laurence D. Stokes mit der spektakulären Absetzung des Eutiner Bürgermeisters Dr. Stoffregen im Zuge der NS-Machtergreifung 1928—1937 (1979) und Christian Degn mit Südschleswig als Problemregion (1979).

Die wichtigste Abhandlung zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte stammt jedoch zweifellos von Rudolf Rietzler. Sie ist soeben erschienen und trägt den Titel „Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein 1919—1928“. (Band 4 der Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins). Erstmals werden hier die Voraussetzungen des nationalsozialistischen Aufstiegs in unserem Lande erhellt. Rietzler weist in seiner faktenreichen und auf umfassenden Quellenstudien beruhenden Arbeit nach, daß Schleswig-Holstein schon früh eine Hochburg der Nationalsozialisten war und daß die NSDAP hier ihre meisten Mitglieder und Wähler besaß. Er meint, die Ursache dafür sei eine spezifische geistig-politische Atmosphäre gewesen, die vom „Nordmark-Mythos“ geprägt war, der wiederum entstand, als Schleswig-Holstein nach dem Verlust Nordschleswigs 1920 zum Vorposten des Deutschtums deklariert wurde. Weitere Hintergründe für die Entfaltung der NS-Bewegung sieht Rietzler in Entwicklungen, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg begannen. Hier nennt er vor allem die antisemitischen Strömungen im Kaiserreich. Konfrontationslinien erkennt er aber auch im politisch-sozialen Kräftefeld der ersten Jahre nach dem Umbruch von 1918/19. Die spürbare Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Republik und das vielfältig verzweigte Geflecht der völkisch-nationalistischen „Los-von-Weimar-Bewegung“ habe ein parteipolitisches Auffangbecken für die NSDAP geschaffen. Insbesondere weist Rietzler in diesem Zusammenhang auf die antidemokratischen Tendenzen an der „Grenzlanduniversität“ Kiel hin. Nicht zuletzt sei schließlich der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein Stimulans für das lawinenartige Anwachsen der NS-Bewegung in Schleswig-Holstein gewesen. Zu den interessantesten Ergebnissen der Rietzlerschen Untersuchung gehört demnach, daß der Nationalsozialismus im Norden keineswegs ein Importartikel aus München war, sondern seine eigenständigen Wurzeln im Lande hatte. Der Autor schreibt dazu: „Der eklatante Mangel an Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus im Bürger- und Bauerntum war nur in geringem Maße das Ergebnis raffinierter Täuschung, er beruhte vielmehr auf einem Konsensus in wesentlichen Punkten. Viele der nationalsozialistischen Parolen faßten lediglich bereits weitverbreitete Vorstellungen und Ressentiments in schlagkräftige Propagandabilder.“

„Kampf in der Nordmark“ geht über eine parteigeschichtliche Regionalstudie weit hinaus, weil dieses Buch generelle Aspekte und unerforschte Details in der Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus und in der noch immer umstrittenen Frage nach dem Scheitern der Weimarer Republik aufzeigt. Rietzler leistet damit neben Rudolf Heberles Untersuchung über „Landbevölkerung und Nationalsozialismus 1918— 1932“ (1963) und Gerhard Stoltenbergs Studie über die „Politischen Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918—1933“ (1962) einen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte unseres Landes.

Mit der Nachkriegsgeschichte hat sich vor allem der Kieler Historiker Kurt Jürgensen beschäftigt. Er behandelt „Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg 1945—1947“ (1969). Zusammen mit seinen beiden Kieler Kollegen Erich Hoffmann und Helmut Grieser ist er als Bearbeiter des 10. Bandes der Geschichte Schleswig-Holsteins („Das Bundesland Schleswig-Holstein“) vorgesehen.

Weitere Beiträge zur schleswig-holsteinischen Geschichte nach 1945 stammen von J. Volkert Arfsten über die Agrarreformen nach 1945, von Axel Glet über die Wiederbegründung der SPD 1945/46 und von Helmut Grieser über den Gedanken der Reichseinheit in der Nachkriegszeit, sämtlich in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig- Holsteinische Geschichte 1977—1981 veröffentlicht.

Erschienen ist auch die Dissertation von Wilfried Lagler über die Minderheitenpolitik des Kabinetts von Hassel, in der Entstehung und Ertrag der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen von 1954/55 behandelt werden.

Zeitgeschichte wird stets in besonderem Maße unter subjektiven Hindernissen zu leiden haben, weil sie allzu leicht in tagespolitische Auseinandersetzungen hineingerät. Das gilt vor allem für die Erforschung des Nationalsozialismus, in dessen Bannkreis viele noch heute lebende Menschen gestanden haben. Zeitgeschichte bleibt aber trotzdem eine notwendige Forderung an jede Generation. Für die schleswig-holsteinische Landesgeschichte ist in dieser Hinsicht noch eine Menge zu tun, bevor ein klares Bild der letzten sieben Jahrzehnte entsteht. Die Gesellschaft für Schleswig- Holsteinische Geschichte bemüht sich deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Forschungen zur Zeitgeschichte unseres Landes zu fördern. Leider hat die Landesregierung eine von der Gesellschaft angeregte zentrale Ausstellung zur fünfzigjährigen Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtergreifung aus finanziellen Gründen abgelehnt. Immerhin wird aber 1983 eine Sonderpublikation mit finanzieller Hilfe des Landes zu diesem Thema unter der redaktionellen Leitung der Kieler Professoren Erich

Hoffmann und Peter Wulf erscheinen, so daß der historischen Bedeutung des folgenschweren Jahres 1933 Rechnung getragen wird.

## Fortschrittspartei auf dem Rückzug

Der 10. September 1982 ist zu einem historischen Datum in Dänemark geworden. An diesem Tag nämlich stellte der neue Staatsminister Poul Schlüter sein Kabinett vor, eine bürgerliche Minderheitenregierung aus vier Parteien. Das besondere Ereignis war weniger der Regierungswechsel, sondern vielmehr die Parteizugehörigkeit des Staatsministers: Er ist Vorsitzender der Konservativen Volkspartei, einer der ältesten Parteien Dänemarks. 1915 auf den Trümmern der im Verfassungskampf kompromittierten alten Rechts-Partei „Højre“ (Rechte) gegründet, eroberte die Konservative Volkspartei sich sogleich einen festen Platz im dänischen Parteiensystem. Sie war die politische Heimat und Interessenvertretung des städtischen Bürgertums, der Industrie, des Handwerks und Handels, aber auch des Beamtentums, besonders in der Hauptstadt Kopenhagen.

Belastet mit dem Erbe der alten, elitären und wenig demokratischen Højre – sie hatte in jahrzehntelangem Kampf auch unter offensichtlichem Mißbrauch der damaligen Verfassung dem von Sozialdemokraten und bäuerlicher „Venstre“ beherrschten dänischen Unterhaus den Parlamentarismus und damit die Macht im Königreich verweigert –, stand die Partei jedoch stets im Schatten der liberalen Bauernpartei „Venstre“. Selbst 1968, als die Konservativen fast zwei Prozent mehr Wählerstimmen und drei Folketingsmandate mehr hatte als die Venstre, stellten nicht sie den Staatsminister in der bürgerlichen Drei-Parteien-Koalitionsregierung. Um überhaupt die Bildung dieser Regierung möglich zu machen, trat sie dieses Amt an Hilmar Baunsgaard ab, den Vorsitzenden des Kleinsten im Kleeblatt, der linksliberalen Radikalen Venstre.

### *Belohnung für konsequente Politik*

Für die Konservative Volkspartei ist der Posten des Staatsministers die Belohnung für mehrere Jahre konsequenter Politik in einem Folketing, das keine stabilen Mehrheiten mehr zustande bringt, weil zu viele Köche jeweils ihr eigenes Süppchen kochen, allen voran die „Fortschrittspartei“ des Mogens Glistrup. „Mittelfristige Strategie der bürgerlichen Opposition muß es also sein, der Fortschrittspartei die Wähler wieder abzunehmen durch eine härtere Konfrontationspolitik gegenüber der Regierung. Die Konservative Volkspartei hat

1975-79 eine solche Politik ... geführt und bei den Wahlen 1977 und 1979 deutliche, 1981 immerhin erneute Zuwächse verzeichnen können“, stand vor einem Jahr an dieser Stelle.

Ein halbes Jahr später war die Opposition in der Lage, noch eine viel effektivere Strategie gegenüber der Fortschrittspartei führen zu können: Glistrups Anhänger standen plötzlich vor der Frage, entweder ihre Maximalpositionen aufzugeben oder ein bürgerliches Kabinett zu stürzen. Sie entschieden sich nolens volens für die Aufgabe von Maximalpositionen – und sie verloren Anhänger in der Wählerschaft: Hatte die Fortschrittspartei bei der Wahl am 8. Dezember 1981 noch 8,9 Prozent der Wählerstimmen erhalten, billigten ihr im Dezember des folgenden Jahres nur noch 5,1 Prozent der Befragten eines vom dänischen Gallup-Institut interviewten repräsentativen Querschnitts durch die dänische Bevölkerung ihre Stimme zu. Auf Mandate umgerechnet, bedeutet das einen Rückgang von 15 auf 9 Parlamentsmandate.

Die Ergebnisse des Observa-Instituts zeigen prinzipiell die gleiche Entwicklung, wenn auch die Zahlen wegen eines anderen Zuschnitts der Befragten (eine über längere Zeit feste Gruppe, ein sogenanntes Panel) nicht ganz vergleichbar mit denen von Gallup sind.

Der große Gewinner dieser Wählerwanderung ist die Partei des neuen Staatsministers Poul Schlüter: Laut Gallup standen im Dezember 25 Prozent der dänischen Wähler hinter der Konservativen Volkspartei, das waren 10,5 Prozent mehr als bei der Wahl ein Jahr früher. Auf Mandate umgerechnet, hätte die Partei 46 statt 26 Mandate bekommen.

### *Anker Jørgensen warf das Handtuch*

Doch kurz zur Vorgeschichte des historischen Datums.

Nach der Folketingswahl vom 8. Dezember 1981 hatte der sozialdemokratische Ministerpräsident Anker Jørgensen trotz Stimmenverlusten erneut die Regierung gebildet, wie in Dänemark seit 1973 üblich ohne feste Mehrheit im Parlament. Neun Monate später war er am Ende. Der Staatsminister fand keine Mehrheit für seine Wirtschafts- und Finanzpolitik, weil aber die Wähler gerade erst zum Urnengang bemüht worden waren, schrieb er keine Neuwahlen aus, das Parlament blieb in Funktion. Das sogenannte Vierblättrige Kleeblatt aus Konservativer Volkspartei, Venstre, Centrums-Demokraten und Christlicher Volkspartei wurde sich einig, die Zusammenarbeit aus der Oppositionszeit fortzusetzen und zur Grundlage einer Regierungskoalition zu machen, nachdem Poul Schlüter als Führer der zweitstärksten Partei im Folketing von der Königin Margrethe II. den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hatte.

Diese Regierung baut auf nur 65 von 179 Mandaten im Parlament in Kopenhagen. Sie ist damit auf die Stimmen der 24 Parlamentarier der Radikalen Venstre und

der Fortschrittspartei angewiesen.

Die teilweise stürmischen Parlamentsdebatten um die Sparvorschläge dieser Regierung, aber auch über die Außen- und Sicherheitspolitik (die Raketen-Frage!) machten deutlich, daß das Kabinett Schlüter relativ gute Überlebenschancen hat. Die Konkurrenz am rechten Flügel, die Fortschrittspartei, wagt nicht, die bürgerliche Regierung stürzen zu lassen. Die Sozialdemokraten ihrerseits halten sich zurück; schließlich haben sie ja gerade erst die Regierungsverantwortung aufgegeben. Gelingt es der dänischen Wirtschaft, erste Zeichen einer Tendenzwende in der Weltwirtschaft zu einem Wirtschaftsaufschwung auszunutzen und die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen, bleibt Schlüter womöglich bis Ende 1985, bis zu den nächsten regulären Folketingswahlen im Amt.

### *Graben durch die Wählerschaft*

Ob er allerdings dann einen so großen Wahlsieg feiern kann, daß er die neue Regierung stellt, steht in den Sternen. Dazu wäre es nötig, eine größere Zahl von Wählern im sozialdemokratisch-sozialistischen Lager zu gewinnen. Eine solche Tendenz zeichnet sich bisher nicht ab. Eher im Gegenteil, die Sozialdemokraten und die Volkssozialisten zusammen hatten bei den letzten Umfragen ein bis drei Prozent mehr Wählerstimmen und ein bis zwei Mandate mehr erhalten als bei der Wahl vor 15 Monaten. Der Gewinn der Konservativen geht also bisher zu Lasten der Mitbewerber auf dem bürgerlichen Flügel, im Zentrum und in der Rechten. Es ist geradezu erstaunlich, wie stabil dieser Graben in der dänischen Wählerschaft zwischen der Anhängerschaft der „Arbeiterparteien“ und der der „Bürgerlichen“ ist. Analysen der Wählerwanderungen zeigen zwar, daß es einen recht erheblichen Teil Wähler gibt, die diesen Graben überschreiten, in beiden Richtungen. Aber in der Summe heben sich diese Wanderungen gegenseitig weitgehend auf.

Deshalb sei hier eine Prognose gewagt, daß die Block-Struktur des Parteiensystems im Kopenhagener Parlament sich kaum ändern wird. Aber innerhalb der Blöcke wird sich eine Konzentrationsbewegung einstellen, so daß die Zahl der Parteien im nächsten Folketing um zwei bis drei niedriger sein wird. Zur Zeit liegen die Kommunisten unter, die Christliche Volkspartei haarscharf über der Sperrklausel von zwei Prozent. Aber auch die Radikale Venstre und die Centrums-Demokraten sind angesichts eines stabilen Abwärtstrends in den letzten Monaten noch lange nicht gesichert.

Ministerpräsident Poul Schlüter tut sicher gut daran, sich auf einige krampfartige Profilierungsversuche der Koalitionspartner einzustellen. Die Christliche Volkspartei hat sich bereits in diesem Sinne zu Wort gemeldet mit einem innerparteilichen Streit über die weitere Mitgliedschaft in der Regierungskoalition. Im Hinblick auf die vor einem Jahr hier geforderte Taktik gegenüber der Fortschrittspartei muß ihm bestätigt werden, den richtigen Weg eingeschlagen zu

haben. Vielleicht geht er einmal in die politische Geschichte seines Landes nicht nur als der erste Staatsminister der Konservativen Volkspartei ein, sondern auch als der Regierungschef, der dem Parlament wieder zu mehr Funktionsfähigkeit verholfen hat.

### Dänische Volksgruppe gedenkt NS-Opfern

Die dänische Volksgruppe im Landesteil Schleswig gedachte am 30. Januar ihrer Opfer des Naziregimes. Anlässlich des 50. Jahrestages der NS-Machtübernahme veranstaltete der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) in der Aula der Duborg-Schule in Flensburg eine Feier mit dem SSW-Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer als Hauptredner. Er sprach zu dem Thema „Freiheit, Wahrheit, Recht“. Außerdem sprachen der SSW-Landesvorsitzende Gerhard Wehlitz, der Leiter der Duborg-Schule, Rektor Knud Fanø und der frühere Leiter des dänischen Gesundheitsdienstes Franz Wingender.

Während der Nazi-Jahre war die dänische Volksgruppe wiederholt Verfolgungen und Diskriminierungen der NS-Machthaber ausgesetzt. Aufgrund ihrer demokratischen Gesinnung wurden einige Mitglieder in KZ-Lagern interniert und während des Zweiten Weltkrieges fielen ca. 300 Südschleswiger, die als deutsche Staatsbürger ihren Militärdienst leisten mußten. Bei dem Bombenangriff auf Flensburg am 13. Mai 1943 wurde ein dänischer Kindergarten getroffen, wobei 15 Kinder ums Leben kamen. Unter den Opfern dieses Angriffs befanden sich auch fünf weitere Angehörige der Volksgruppe.

*Südschleswigscher Pressedienst*

\*

### Die Geschichte Schleswig-Holsteins fehlt in den Schulbüchern

„Die Darstellung der Landesgeschichte Schleswig-Holsteins fehlt in unseren Schulbüchern fast vollständig“, stellte der Vorsitzende des CDU-Fachausschusses für Kulturpolitik und Bildungswesen des CDU-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg, Dr. Armin Schütz, als Ergebnis einer Tagung des Fachausschusses in Flensburg fest, die sich mit der Darstellung der Landesgeschichte in den Schulbüchern befaßt hatte. Im Laufe der Tagung untersuchten fünf fachkundige Referenten – Hella Andres, Jörn Witt, Werner Holz, Peter-D. Henningsen und Gerd Vaagt – alle Schulbücher für den Geschichtsunterricht, die in Schleswig-Holstein an den Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien verwandt werden. In fast allen Geschichtsbüchern

werden nur zwei oder drei Ereignisse aus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte (Haithabu, Lübeck, 1848) mit kurzen Sätzen erwähnt; lediglich ein Buch enthält eine etwas ausführlichere Darstellung. Dieser Zustand wird der Bedeutung der Landesgeschichte nicht gerecht. Die Mitglieder des Fachausschusses forderten daher einstimmig, daß die Verlage zumindest eine „Schleswig-Holstein-Ausgabe“ der Geschichtsbücher herausgeben, in der die Landesgeschichte umfassender als bisher dargestellt wird. Der Fachausschuß trat für eine angemessenere Berücksichtigung der Landesgeschichte im Unterricht der Haupt-, Realschulen und Gymnasien ein und beschloß einstimmig folgenden Maßnahmenkatalog:

1. Das vorhandene Unterrichtsmaterial zur Schleswig-Holsteinischen Landesgeschichte muß besser an die Fachlehrer der Schulen verteilt werden.
2. Landesgeschichtliche Fortbildungsveranstaltungen mit Exkursionen sollen vom IPTS verstärkt durchgeführt und für alle Lehrer – fachübergreifend – angeboten werden.
3. Verstärkter Heimatkundeunterricht in der Grundschule.
4. Bessere Verankerung der Schleswig-Holsteinischen Landesgeschichte in den Lehrplänen für die Schulen.
5. Die Umsetzung der Lehrpläne in den Schulen sollte stärker gefördert werden; insbesondere hinsichtlich folgender Schwerpunkte : Wikingerzeit, Hanse, Vertrag von Ripen, nationale Bewegung in Schleswig-Holstein im 19. Jahrhundert, Abstimmung 1920.
6. Eine verständliche Darstellung der Schleswig-Holsteinischen Landesgeschichte für die Hand der Schüler an Haupt- und Realschulen ist dringend notwendig. Der Fachausschuß beauftragte Dr. Armin Schütz, entsprechende Anträge auf der nächsten Sitzung des CDU-Landesfachausschusses für Kulturpolitik zu stellen.

*CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg*

\*

*Mit folgendem Bericht setzt das Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein die Reihe der Darlegungen über deutsch-dänische Aktivitäten fort, wie sie in kurzgefaßter Form bereits vor zwei Jahren beschrieben worden waren. Diesmal:*

### Die deutsch-dänischen Gesellschaften

Vereinssatzungen haben die Eigenschaft, auf Außenstehende belanglos und spröde zu wirken. Der Sinn von Grundsätzen wird erst in der praktischen Entfaltung durch die Vereinsmitglieder deutlich. Das gilt auch für die seit nunmehr



gut zwölf Jahren wirkende „Deutsch-Dänische Gesellschaft e. V.“ – kurz DDG – mit Hauptsitz in Kiel. Sie hat mit ihren Sektionen in Husum, Bremen, Ostholstein, Plön, Rendsburg und Lübeck ihren Gründungszweck mit Leben erfüllt. Die DDG soll – so die Satzung – „der Förderung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen dienen und die Vermittlung von Kenntnissen fördern, die die geistigen, kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Dänemarks betreffen“.

Die rund 500 Mitglieder, davon etwa zehn Prozent korporative, haben diese Aufgabe bisher gut gemeistert und werden das gesteckte Ziel des „Sich-Kennenlernens“ und der Kontaktpflege weiterhin verfolgen.

Sie fördern finanziell und ideell Vorträge, Exkursionen, Konzerte und Kunstausstellungen sowie andere Veranstaltungen, über die Menschen des Nachbarlandes und deren Wirken. Darüberhinaus, so formulierte es einst DDG-Vorsitzender Thomas Viktor Adolph, soll versucht werden, alle Freunde Dänemarks in der Bundesrepublik der Gesellschaft als Mitglieder zuzuführen. „Dialog über die Grenze“ hieß eine erste große Bilanz, welche die DDG bei ihrem zehnjährigen Bestehen 1980 in Buchform vorlegen konnte. Die Gesellschaft war am 14. Oktober 1970 aus der Taufe gehoben worden, als sich im Kieler Schloß die ersten 120 Mitglieder eintrugen und damit ihre Bereitschaft erklärten, an der Verständigung zwischen den beiden Völkern mitzuwirken. Der Gründung war eine Vorbereitung vorausgegangen, die aus sechs „Test“-Vortragsveranstaltungen bestand. Das Gründungskomitee setzte sich aus dem damaligen Kieler NDR-Funkhauschef T. V. Adolph, dem Grenzland- und Skandinavienbeauftragten in der Staatskanzlei Dr. Onnasch, dem dänischen Konsul in Kiel Dr. Ruedel, dem Landesbibliothek-Direktor Klose sowie dem NDR-Studiodirektor Flensburg R. H. Wecken und dem dänischen Nato-Marineoffizier J. Stiling zusammen.

Eine enge Zusammenarbeit pflegt die DDG mit der „Dänisch-Deutschen Gesellschaft Kopenhagen“. 1976 war ein „regelmäßiger Meinungsautausch“ zwischen beiden „DDG's“ vereinbart worden, der alle zwei Jahre stattfindet. Die Kopenhagener Dänisch-Deutsche Gesellschaft – ihr Vorsitzender ist seit Anfang Dezember 1982 der frühere Direktor des dänischen Arbeitgeberverbandes, Arne Lund, der damit Prof. Dr. Steffen Steffensen nach siebenjähriger Vorstandstätigkeit ablöste – war 1969 gegründet worden. Die DDG in Kopenhagen hat gleichfalls hauptsächlich Vorträge in ihrem Programm und veröffentlicht Jahrbücher.

In Verknüpfung mit der Gesellschaft wurde wenig später (1970) ein „Dänisch-Deutscher Industrie- und Handelsclub“ in Kopenhagen gebildet. Dieser kann als Vorläufer der insbesondere deutscherseits seit Jahren angestrebten deutschdänischen Auslandshandelskammer betrachtet werden, die der Erleichterung des Im- und Exports zwischen den beiden Ländern dienen könnte.

Ferner existieren folgende Einrichtungen, die enge deutschdänische Kontakte pflegen: Der „Deutsch-Dänische Verein“ in Hamburg, die „Vereinigung zur Förderung der deutschdänischen kulturellen Beziehungen“ in Aarhus/Jütland (Vorsitzender Prof. Paulsen) sowie der Dänisch-Deutsche Informationsausschuß (gegründet 1962).

*Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V.*

### Finanzielle Gleichstellung gefordert

Unter Hinweis auf die Bonner Erklärung hat der Vorsitzende des „Südschleswigschen Vereins“ (SSV), Ernst Vollertsen, erneut eine finanzielle Gleichstellung der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung gefordert.

Auf der Landesversammlung seiner Organisation im Oktober in Husum sagte Vollertsen, die Bundesregierung hätte mehrfach betont, sie sei für eine Gleichstellung und Gleichberechtigung der dänischen Volksgruppe. Das sei auch in der Bonner Erklärung aus dem Jahre 1955 zum Ausdruck gekommen. Im Prinzip hätten sowohl die schleswig-holsteinische Landesregierung als auch die meisten Kreise und Gemeinden die gleiche Einstellung.

Von diesen Stellen würde jedoch oftmals erklärt, daß eine Erhöhung der Zuschüsse für Einrichtungen der Volksgruppe aufgrund der angespannten Finanzlage im Augenblick nicht möglich sei. Deshalb solle überlegt werden, ob das Land Schleswig-Holstein durch eine Sonderzuweisung des Bundes in die Lage versetzt werden könne, eine gleichmäßige Behandlung aller seiner Bürger durchzuführen. Die Sonderzuweisung sei hauptsächlich durch die Tatsache gerechtfertigt, daß Schleswig-Holstein als einziges Bundesland eine nationale Minderheit beherbergt. In zwei Fällen hätte der Bund mit Zuweisungen aus dem Zonenrandprogramm die Volksgruppe schon unterstützt.

In diesem Zusammenhang teilte Vollertsen mit, daß der dänische Staat nach wie vor den Hauptanteil aller Ausgaben der beiden Volksgruppen an der deutschdänischen Grenze zahlt.

„An dieser grotesken Situation hat sich bis heute nichts geändert“, sagte er. „Von deutscher Seite gibt es keine Anzeichen für eine andere Einstellung. Wohl ist die finanzielle Gleichstellung in einigen Kreisen und Gemeinden erreicht worden, aber es gibt immer noch himmelschreiende Ungerechtigkeiten. So leistet eine Gemeinde im Kreis Schleswig-Flensburg für die örtliche dänische Krankenpflegearbeit eine jährliche Beihilfe von nur DM 25,-.“

Weiter wies der SSV-Vorsitzende darauf hin, daß der Landeszuschuß für die dänische kulturelle und soziale Arbeit in Höhe von DM 850.000 zum dritten Mal

nicht erhöht worden sei, obwohl für 1983 ein Betrag von DM 910.000 im Etat des SSV eingestellt worden sei. Im laufenden Jahr wurde die Festsetzung mit dem Hinweis verteidigt, auch die deutschen Grenzverbände hätten keine weiteren Mittel erhalten. Im Gegensatz zu dem SSV hätten diese aber bereits 1981 eine Erhöhung erhalten. Auf Bitten des SSV wird der SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer sich jetzt um eine Heraufsetzung des Landeszuschusses bemühen. Kritik übte der SSV-Vorsitzende auch daran, daß die dänische Volksgruppe keine Einladung für die Schleswig-Holstein-Woche im letzten Monat in Bonn erhalten habe. Vollertsen sagte, es sei eine ganz natürliche Sache, wenn auch dänisch-orientierte Bürger des Landes bei einer solchen Veranstaltung mitwirken könnten. „Neben der plattdeutschen und der friesischen Sprache ist auch die dänische Sprache ein Teil der Vielfalt dieses Landes“, sagte er.

Begrüßt wurde von E. Vollertsen, daß das dänische Fernsehen 1983 seine ersten regionalen Sendungen aus dem benachbarten Nordschleswig aufnehmen wird. Er meinte, der Rundfunkrat des „Danmarks Radio“ hätte Nordschleswig für diese Versuchssendungen ausgewählt, um einen gewissen Ausgleich für die erweiterte Regionalisierung des NDR-Fernsehens zu schaffen.

Vollertsen, der auch die dänische Volksgruppe im NDR-Rundfunkrat vertritt, sagte weiter, er habe dem NDR den Vorschlag unterbreitet, Friesischsendungen im Hörfunkprogramm aufzunehmen, ebenso wie es schon lange plattdeutsche Sendungen gibt. Er wies darauf hin, daß an der Westküste noch fast 10 000 friesischsprechende Menschen leben und daß auch die Christian-Albrecht-Universität in Kiel ein Professorat für Friesisch eingerichtet hätte.

Vollertsen meinte, der NDR solle sich nicht weiterhin hinter dem Argument verschanzen, die friesische Sprache werde nur von einer kleinen Minderheit verstanden und andere Hörer würden deshalb ihr Gerät abschalten. Auch das Argument, der NDR hätte nicht genügend friesischsprechende Mitarbeiter, sei unhaltbar. Die friesischen Verbände würden sicher freie Mitarbeiter für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, betonte er. Zu der Kritik des SSW, der die Meinung vertritt, daß er nicht in genügendem Maße an den Politikerdiskussionen im NDR-Fernsehen beteiligt wird, teilte Vollertsen mit, diese Frage sei im Regional-Ausschuß des NDR in Kiel diskutiert worden, und man hoffe auf eine befriedigende Lösung.

Bei Jahresbeginn lag die Zahl der SSV-Mitglieder bei 21 338. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Plus von 43.

*Südschleswigscher Pressedienst*

## Dr. Hartwig Schlegelberger über Staat, Volk und Minderheit

Der Deutsche Grenzverein e. V. (Flensburg) legte jetzt in broschiert Form das jüngste Referat seines Vorsitzenden, Dr. Hartwig Schlegelberger, über das nationale Selbstverständnis der Volksgruppen vor. Das 34seitige Heft ist kostenlos beim Grenzverein erhältlich. In seinen Ausführungen über Staat, Volk und Minderheit nimmt Dr. Schlegelberger auch zu den Begriffen „Europa“ und „Frieden“ Stellung.

*Deutscher Grenzverein e. V.*

## „Impressum“, Zeitschrift für auslandsdeutsche Literatur

Zum ersten Mal in der Geschichte des Auslandsdeutschtums beabsichtigt der Verlag Tischler Press in München eine Zeitschrift für auslandsdeutsche Literatur und Presse herauszugeben. Das „Impressum“ stellt sich die Aufgabe, die literarische Produktion der in aller Welt lebenden 14 Millionen Auslandsdeutschen unter ein Dach zu bringen: die Werke zu sammeln, zu sichten, kritisch zu bearbeiten und das Beste der breiten Leserschaft in etwa 40 Staaten der Welt und im deutschen Sprachraum zu präsentieren.

Das „Impressum“ will einerseits alle Schaffenden zusammenbringen, ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit und damit der Stärke verleihen, und seien sie in der entlegensten Ecke der Welt. Es will denen, die in ihrem jetzigen Heimatland keine Publikationsmöglichkeiten besitzen, die Gelegenheit zum Sich-Artikulieren bieten, sich auch den binnendeutschen Verlagen – die bis jetzt sehr stiefmütterlich die auslandsdeutsche Literatur behandeln – vorzustellen; eine Kultur helfen zu bewahren und zu aktivieren, die zur gesamtdeutschen Kultur gehört.

Das „Impressum“ will damit zur Bereicherung der gegenwärtigen deutschsprachigen Literatur beitragen. – Andererseits möchte es für die im Ausland lebenden Landsleute die Produktion von binnendeutschen Verlagen, ob schon in Form von Rezensionen oder Anzeigen, nahebringen. – Alle Interessenten – Autoren, Verlage, Inserenten und Leser – möchten sich diesbezüglich an die folgende Anschrift wenden:

Auslandsdeutscher Verlag Tischler Press, Schmaedelstraße 32, D-8000 München 60.